

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Eine neue Phase der Weltkrise?

Allerwärts spähen die Menschen nach einem Silberstreifen am wirtschaftlichen Horizont aus. Die Suche ist bislang leider vergeblich gewesen. Gewiß hat es nirgends an verheißungsvollen Deutungen gefehlt, aber sie haben sich leider alle als Illusionen erwiesen. Und zur Stunde ist die Aussicht so dunkel wie je. Denn wenn nicht alle Zeichen trügen, sind wir in eine neue Phase der Weltwirtschaftskrise eingetreten.

Die erste begann mit dem heillosen Sturz der Wertpapiere an der New Yorker Börse im Oktober 1929. Man glaubte damals ganz allgemein, dieses Ungemach werde in ein paar Monaten überwunden sein. Daß dies ein arger Trugschluß war, weiß alle Welt. Die zweite Phase setzte ein mit dem deutschen Bankkrach im Sommer 1931, dem in England der Sturz des Pfundes, das Aufgeben des Goldstandards und der Übergang zum Schutzzoll folgten, von den Mißhelligkeiten der anderen Länder ganz zu schweigen. Die dritte Phase wird gekennzeichnet durch den Zusammenbruch des Bankwesens der Vereinigten Staaten in der ersten Märzwoche, der das ganze amerikanische Leben bis in den Boden erschütterte. Den Wirkungen des Zusammenbruchs hat der neue Präsident Roosevelt mit äußerst einschneidenden Maßnahmen zu begegnen versucht. Die Banken wurden geschlossen, die Ausfuhr wie die Zahlung in Gold wurde verboten, im ganzen Lande wurde Notgeld gedruckt, und dies in solchem Ausmaße, daß vielfach von einer Inflation des Dollars gesprochen wurde.

Diese Bankkrache waren natürlich weder Beginn noch Ursache der Krisenphasen. Solche Krache, die wohl zur Verschlimmerung der Krise beitragen, sind indessen nur der Ausdruck dafür, daß sich im Untergrund der kapitalistischen Wirtschaft ein neuer Zerfall des Gefüges vollzogen hat oder vollzieht. Mit anderen Worten, die Krache deuten an, wie die Ausbrüche des Vesuv, daß ein frisches wirtschaftliches Erdbeben im Gange ist. Das gilt auch für den Sturm, der im Anfang des März über das Dollarland fegte. Das Zittern des wirtschaftlichen Untergrundes machte Millionen Amerikaner nervös. Sie wurden von Zweifeln an der Sicherheit ihrer Bankanlagen erfüllt. Das Unbehagen wurde durch politische Vorgänge in Ostasien und Europa gestärkt. Vorgänge, die bei den Geldeinlegern, die naturgemäß ängstlich sind, die Sorge um die Guthaben hochtrieben und einen allgemeinen Sturz nach den Bankschaltern bewerkstelligten. Wenn nun aber das Vertrauen in die Banken, dieses so wesentlichen Bestandteils der kapitalistischen Wirtschaft, ins Wackeln kommt, muß auch die sogenannte Automatik dieser Wirtschaft, von der der letzteren Selbstheilung erwartet wird, ausgeschaltet, vollends zerrüttet, also die Krise noch verschlimmert werden.

Durch den Sturm auf die Banken wurde vielen von ihnen das Lebenslicht ausgeblasen. Ein Teil wird durch die Hilfe der (staatlichen) Finance Corporation und anderen Maßregeln gehalten werden können. Durch diese übrigens kostspieligen Maßregeln kann freilich dem Patienten nur Erleichterung verschafft, er aber nicht gesund gemacht werden. Die Wurzel der Kalamität bildet das große wirtschaftliche Übel, für welches jedoch die Ärzte der kapitalistischen Wirtschaft noch kein wirksames Mittel entdeckt haben. Eher ist anzunehmen, daß sie auch weiterhin Mittel preisen und anwenden werden, die das Übel nur verschlimmern.

Von 1929 an haben die Ärzte des Kapitalismus in den meisten Ländern allerhand Heilmittel probiert. Sie bestanden vornehmlich in zwei Arten, die, wenn man will, man äußere und innere nennen kann. Die letzteren bestanden in der Kürzung der Löhne, der sozialen Unterstützungen und der öffentlichen Ausgaben. Durch diese Kürzungen wollte man die Produktionskosten, Warenpreise und Steuern vermindern. Das ist sicherlich auch gelungen, aber gleichzeitig und noch viel mehr wurde die Massenkauflkraft verringert, und dies just zu einer Zeit, wo die Produktivität je Arbeitsstunde merklich stieg und dadurch die Warenberge, wofür die Käufer fehlten, noch beträchtlich erhöht wurden.

Die anderen Mittel, die äußeren, bestanden in Zoll-erhöhungen, Einfuhrbeschränkungen, Ausfuhrprämien und dergleichen. Hierdurch wollte man den heimischen Markt gegen den ausländischen Wettbewerb abschließen und für den eigenen Fabrikanten sichern. Die Idee wäre nicht übel, wenn nicht die anderen Länder dasselbe getan hätten. Auch sie kürzten Löhne, soziale Unterstützungen und öffentliche Ausgaben, um die Produktionskosten zu verringern, und auch sie erhöhten ihre Zollmauern, förderten die Ausfuhr und manipulierten an ihrer Geldwährung, um dem ausländischen Wettbewerb erfolgreicher begegnen zu können.

Das Ergebnis dieser Art von Krisenheilerei ist genugsam bekannt: Aus dem Strom des internationalen Warenverkehrs ist ein schwächtiges Bächchen geworden, und dieses trocknet weiter ein. Der innere Warenabsatz eines jeden Industriestaates ist beispiellos zusammengeschrumpft und schrumpft weiter ein. Der zweifache Rückgang ist die Folge der Drosselung der Löhne und der sozialen Unterstützungen und all der anderen gleich-

wertigen Maßnahmen. Der eindrucksvollste Ausdruck von dem Ergebnis der genannten Krisenheilerei ist die internationale Arbeitslosigkeit. Sie nimmt in allen Ländern zu, abgesehen von zwei (übrigens zahlenmäßig geringfügigen) Ausnahmen. Und von diesen weiß man nicht, wieviel die Kunst der Statistik oder die tatsächliche Besserung der Wirtschaftslage daran teil hat.

Die Hoffnung der Regierungen wie der Unternehmerschaft richten sich auf die internationale Wirtschaftskonferenz. Die Presse der Welt ist voll von Vorschlägen für sie. Eine Anzahl ist sicherlich ganz vernünftig, so der Abbau der Zollmauern, einheitliche Währung, Rückkehr zum Goldstandard, Streichung der Kriegsschulden und dergleichen mehr. Es sollen also meist gerade die Vorkehrungen annulliert werden, die als Schutz gegen die Wirkungen der Krise oder den fremden Wettbewerb getroffen wurden. Auffälligerweise — oder begreiflicherweise — wird in den vielen Vorschlägen wenig, nein, gar nicht von dem wirksamsten Mittel der Krisenmilderung,

der Lohnerhöhung, gesprochen. Warum das nicht geschieht, liegt auf der Hand. Fast alle die gepriesenen Besserungsmittel müssen, selbst wenn sie wirklich beherzigt werden, ohne Lohnerhöhung ergebnislos bleiben, das ist, ohne die Steigerung der internationalen Massenkauflkraft. Aber selbst die Aussicht auf die Annahme und Verwirklichung der genannten Vorschläge ist herzlich gering, wie ja auch selbst die Weltwirtschaftskonferenz vorderhand auch noch ein großes Fragezeichen ist.

Zur Stunde vermag nur außergewöhnlicher Optimismus anzunehmen, daß die Wirtschaftskonferenz, sofern sie überhaupt zustande kommt, die auf sie gesetzte Hoffnung auch nur teilweise erfüllt. Die ganze Welt ist zur Zeit von einer ungewöhnlichen Unrast erfaßt, und die Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten sind eher im Wachsen, jedenfalls nicht in der Abnahme begriffen. Unter solchen Umständen gehört ein überirdischer Glaube dazu, anzunehmen, daß die großen internationalen Probleme einer Lösung nähergebracht werden. Ohne internationale Zusammenarbeit aber ist das große Übel, die Wirtschaftskrise oder Arbeitslosigkeit, nicht zu heilen. So deutet denn nicht nur der amerikanische Bankkrach, sondern auch und noch mehr der allgemeine politische Zustand auf eine neue Phase der Weltkrise hin.

Staat und Wirtschaft

Die staatspolitische Umwälzung gibt verschiedenen Wirtschaftsmächten, großen und kleinen, Anlaß, ihre Ansprüche bei der neuen Staatsführung anzumelden. Voran freilich die Schwerindustrie, deren ausgesprochener Vertreter, der Langnamverein, erst kürzlich seine Ansichten der Öffentlichkeit unterbreitete. Im Mittelpunkt seiner Kundgebung stand ein Referat des bekannten Staatsrechtlers Professor Karl Schmitt. Die große Begeisterung, mit der dessen Referat aufgenommen wurde, zeugt dafür, daß er seinen Zuhörern aus dem Herzen sprach.

Zwei Gedanken wurden im Vortrag des Professors Schmitt in eine Einheit verbunden: Die Forderung nach einem autoritären Staat, der also machtvoll und unabhängig von demokratischen Einflüssen und Parlamenten das Geschick des Staates nach außen und nach innen lenke, und gleichzeitig die Forderung, daß dieser autoritäre Staat sich um die Wirtschaft so wenig wie möglich kümmere, diese dem freien Spiel der Kräfte oder der schöpferischen Initiative der privaten Wirtschaft überlasse.

Dem Verständnis dieser Dinge wird viel eher gedient, wenn man, statt sich viel um Begriffe zu kümmern, dem Langnamverein und Herrn Professor Schmitt schlicht und einfach die Frage stellt: Bitte, meine Herren, sagen Sie uns, auf welche Weise stellen Sie sich die Ausschaltung des Staates aus der Wirtschaft vor? Gestatten Sie uns, zunächst einige Fragen an Sie zu richten!

Haben Sie etwa die Absicht, auf Zölle zu verzichten? Zölle für die eigene Produktion oder darüber hinaus auch auf andere Zölle, zum Beispiel zugunsten der Landwirtschaft? Der Zoll und was damit zusammenhängt, Handelsverträge, Kontingente, Einfuhrverbote, Einfuhrmonopole, Verwendungszwang usw. sind, das brauchen wir Ihnen nicht erst zu sagen, mächtige Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, in Wirklichkeit sind sie Subventionen zugunsten der einen oder der anderen Produzentenklasse.

Wollen Sie auch auf andere Formen von staatlichen Subventionen, die Sie bisher so stark begehrten, verzichten? Auf die mannigfaltigen Unterstützungen für notleidende Produktionszweige und Unternehmungen einschließlich der Unterstützung der Landwirtschaft und des Bankgewerbes, auf Bestellungen, die nur durch staatliche Unterstützung in irgendeiner Form, zum Beispiel durch Exportgarantien, Zinszuschüsse usw., möglich sind?

Diese Fragen zu stellen, heißt wohl, sie zu verneinen. Nehmen wir das Kreditwesen. Selbst die, die gegen Kreditkontrolle oder gar Sozialisierung des Bankwesens sind und die öffentlichen Banken bekämpfen, werden nicht umhin können, anzuerkennen, daß das moderne Kreditwesen sowohl nach außen währungspolitisch wie nach innen konjunkturpolitisch aufs engste von der Haltung der Notenbank, die zweifellos ein staatliches Organ ist (selbst wenn ihre Aktien sich in privatem Besitz befinden), abhängig ist. Die Reichsbankkredite ermöglichten überhaupt erst die Überwindung der Kreditkrise, und auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm wie auch sonst die Befriedigung der staatlichen Bedürfnisse ist ohne die Mitwirkung der Reichsbank heute nicht möglich. Durch diese beherrschende Rolle der Reichsbank wurde mit dem wirtschaftlichen Liberalismus im Kreditwesen gründlich aufgeräumt.

Oder aber betrachten wir die Steuerpolitik. Wäre es nicht eine arge Selbsttäuschung, würde man behaupten, daß Steuerpolitik nicht auch gleichzeitig staatliche Wirtschaftspolitik ist. Bei der gewaltigen Zunahme der Staatsausgaben und der dadurch bedingten Notwendigkeit, einen großen Anteil des Volkseinkommens über die

Kanäle der Staatskassen zu leiten, greift die Steuerpolitik tief in die Wirtschaft ein, und sie muß es auch tun. Durch die Steuerpolitik erfolgt ebenso wie durch die Zollpolitik jeweils eine Neuverteilung des Volkseinkommens. Freilich fordert der Langnamverein und fordern andere Unternehmerorganisationen die Ermäßigung ihrer Steuerlasten. Es wäre aber recht einfältig, Wünsche nach Steuerermäßigung mit dem Prinzip der Ausschaltung des Staates aus der Wirtschaft gleichzusetzen. Sie verlangen eben nur eine andere Verteilung des Volkseinkommens, als sie bisher vorhanden war.

Dann richtet sich der Kampf gegen die wirtschaftliche Betätigung des Staates, gegen die öffentlichen Betriebe. Auch da möchten sich die Verfechter des neuen Liberalismus ihre Sache allzu leicht machen. Denn die wichtigsten öffentlichen Betriebe sind keine Konkurrenzbetriebe, sondern Monopolbetriebe, wie in der Verkehrswirtschaft, Gas- und Wasserversorgung, bzw. soweit sie Konkurrenzbetriebe sind, stehen sie in Konkurrenz nicht mit freien, sondern mit monopolistisch beherrschten privaten Unternehmungen, wie zum Beispiel im Bergbau, in der Kaliindustrie, in der Elektrizitätswirtschaft. Monopolpreise haben jedoch mit jenem wirtschaftlichen Liberalismus, der im Namen der Wirtschaftsfreiheit auftritt, nichts gemein, da die Monopolpreise sich nicht aus dem freien Spiel der Kräfte ergeben, auf die sich dieser Liberalismus beruft.

Deshalb dürfte der Staat, wenn er Ernst mit der Forderung der Wirtschaftsfreiheit machen würde, auf die Kontrolle dieser Monopole, die gegenwärtig von der öffentlichen Wirtschaft verwaltet werden, nicht verzichten, ja darüber hinaus müßte er gerade im Namen der Wirtschaftsfreiheit eine wirksame Monopolkontrolle auch auf solche private Unternehmungen erstrecken, die heute in monopolistischen Trusts und Kartellen vereint sind.

So zerflattert bald selbst im Lichte einer flüchtigen Untersuchung jene Ideologie von der Wirtschaftsfreiheit im autoritären Staat. Was übrig bleibt, ist allerdings schwerwiegend genug. Denn es bleibt eben das übrig, was in Wirklichkeit unausgesprochen im Hintergrunde steht, wenn diese Kreise die Freiheit der Wirtschaft vom Staat fordern. Alle bisher genossenen wirtschaftlichen Vorteile möchten sie vom Staat weiter erhalten, darüber hinaus möchten sie auf bestimmten Gebieten, wo ihnen bisher Beschränkungen drohten oder wo sie bisher in ihrer Machtentfaltung beschränkt waren, freie Hand bekommen. Es handelt sich dabei vor allem um die wichtigsten Gebiete, um die Sozialpolitik und die Lohnpolitik.

Um Soziallasten los zu werden und Steuerermäßigungen zu erlangen, möchten sie gern den Abbau der sozialpolitischen Aufwendungen, und aus ähnlichen Gründen den Abbau der Löhne. Wird also die Forderung „Wirtschaftsfreiheit im autoritären Staat“ ihrer ideologischen Hülle entkleidet und auf ihren wirklichen Gehalt zurückgeführt, so erscheinen die Fragen, die sich dahinter verstecken, in einem anderen, viel schärferen Licht. A. H.

Aus dem Inhalt

	Seite
Eine neue Phase der Weltkrise? — Staat und Wirtschaft	61
Um den Tarifvertrag — Goebbels über die Freiheit der Presse	62
Als Metallarbeiter in Hollywood — Arbeiterfrau — Das Wundermittel	63
Neue Aufgaben für unsere Tarifpolitiker	64
Spanisch-Sibirien: Extremadura — Verdienstsenkung in Amerika	65
Was ist eine Mutter — Schriften — Anzeigen	66

Um den Tarifvertrag

Nach der politischen Umwälzung fragen sich die Arbeiter und Angestellten mit Recht, was aus den Tarifverträgen und sonstigen Fundamenten des Arbeitsrechts werden wird. Der Gedanke des Tarifvertrages hat sich im Wirtschaftsleben weitgehend durchgesetzt. Auf der tariflichen Gebundenheit beruht die wirtschaftliche Stellung der Millionen Arbeiter und Angestellten. Es ist deshalb schlecht denkbar, daß hier eine plötzliche Wendung eintreten soll. Trotz der verschiedenen Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft glauben wir aber dennoch annehmen zu können, daß das Tarifrecht von den breitesten Schichten verteidigt wird. Vieles ist auf diesem Gebiete im Augenblick sehr unklar. Dessenungeachtet müssen wir uns mit diesen Problemen früh genug beschäftigen.

Es entsteht nun die Frage, wie die Unternehmer, namentlich die Arbeitgeberverbände, zu dieser Frage stehen. Sie haben den politischen Umschwung begrüßt und an dessen Verwirklichung tatkräftig mitgewirkt. Es wird sich nun bald zeigen, wie sie den Sieg der nationalistischen Partei für sich nutzen werden. Einen aufschlußreichen Artikel über die Frage: Wo stehen die Arbeitgeberverbände? finden wir in den Blättern für Arbeitsrecht, der Beilage zur Arbeitgeber-Zeitung (Nr. 5). Der frühere Syndikus der Arbeitgeberverbände, Dr. Meissinger, setzt sich hier mit den Fragen des Tarifrechts auseinander. Hören wir, was er zu sagen hat:

Zwei Fragen von größter Bedeutung, die Frage zentraler berufsständiger Zusammenfassung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer auf der einen Seite und die Frage der Werksgemeinschaft mit ihrem dezentralisierenden Ausgangspunkt, stellen sich in den Vordergrund und mit ihnen die große Frage der künftigen organisatorischen Gestaltung unserer Arbeitspolitik. Organisationsgrundlagen und Tarifaufbau stehen erneut als wirtschaftliche Schicksalsfragen mit derselben grundsätzlichen Bedeutung vor uns auf; die sie bereits im Aufruf des Rats der Volksbeauftragten und im Abkommen vom November 1918 hatten, mit dem wesentlichen Unterschied allerdings, daß diesmal die Wechselwirkung zwischen Organisationsform und Tarifbild erkannt und bejaht ist. Die Organisationsform wird heute nicht mehr den Tarifvertrag beherrschen, vielmehr werden sich die Verbandsformen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite dem Gebot des wirtschaftlich richtigen Tarifvertrages zu unterwerfen haben. Kommt man zu der Erkenntnis, daß das bisherige Tarifbild in allen oder zahlreichen Wirtschaftsgruppen nicht mehr aufrecht zu erhalten ist, so wird sich zwangsläufig die Struktur der Tarifverbände ändern müssen."

Soweit aus diesen Äußerungen Meissingers zu erkennen ist, will er der Werksgemeinschaft ein größeres Recht in der Tarifgemeinschaft der Zukunft einräumen. Er glaubt, daß die Verbandsformen der Arbeitgeber und der Arbeiter sich dem Gebot „des wirtschaftlich richtigen Tarifvertrages“ zu unterwerfen haben. Hier entsteht die Frage, was unter einem wirtschaftlich richtigen Tarifvertrag zu verstehen ist. Die Gewerkschaften halten an der Anschauung fest, daß nicht die Werksgemeinschaft, sondern der berufsständige Tarifvertrag die Grundlage des Arbeitsrechts ist und bleiben muß. Dr. Meissinger warnt sehr eindringlich vor dem Verfallgemeinern des Schlagwortes „Kampf gegen den Kollektivismus“. Er schreibt dazu u. a.:

„Der deutsche Arbeiter, ja der Arbeiter schlechthin, denkt kollektiv. Vom Gegenteil auszugehen, wäre ein verhängnisvoller politischer und psychologischer Irrtum. Denn dieses kollektive Denken der Arbeiterschaft ist begründet. Schon äußerlich zeigt sich ein starker Grund in der kollektiven Verbindung der Arbeiter beim technischen Produktionsgang. Zu dieser mehr technischen Erwägung tritt aber eine ausschlaggebende psychologische Erkenntnis. Im privatwirtschaftlichen Staat, der das Eigentum des Produktionsmittels dem privaten Unternehmer überläßt, wird dieser Unternehmer seinen Arbeitern gegenüber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch autoritativ immer der Stärkere sein und bleiben. Daß dieses Übergewicht nicht mißbraucht wird, ist im hohen Maß eine Frage der ethischen Stellung des deutschen Unternehmers zum neuen Staat. Der Satz, daß Besitz verpflichtet, wird größere Bedeutung gewinnen, als je zuvor, und mit Recht darf der neue Staat, der den privaten Unternehmer zur Grundlage seiner Wirtschaft machen will, seinen sittlichen Anspruch gegen eben diesen Unternehmer anmelden, der ihn durch die Anerkennung des Privateigentums verpflichtet wird. Dies sind Grunderkenntnisse einer neuen Wirtschaftsordnung, und wer sich ihnen eigenmächtig entziehen will, stellt sich außerhalb der Staatsgemeinschaft. Diese sittliche und staatspolitische Verpflichtung des Unternehmers wird aber das tatsächliche Übergewicht des Arbeitgebers im Arbeitsvertrag wirtschaftlich nicht ausgleichen können. Jeder Arbeiter wird dies instinktiv fühlen. So entwickelt und entfaltet sich in ihm der kollektive Instinkt, das Bedürfnis, nicht nur unter staatlichem Zwangsschutz, sondern auch im eigenen Selbstschutz als Gemeinschaft dem Unternehmer und Arbeitgeber gegenüberzutreten zu können. Der ist der wirkliche Feind des Tarifvertrages, der diese Zusammenhänge verkennet. Deshalb warne ich davor, den kollektivistischen Gedanken im bejahenden oder verneinenden Sinn zum Schlagwort des politischen Kampfes zu machen, wie es bisher geschehen ist.“

Der kollektivistische Gedanke ist, wie Dr. Meissinger richtig hervorhebt, innerhalb der Arbeiterschaft unausrottlbar. Wenn wir also mit Herrn Meissinger in dieser Beziehung übereinstimmen, so können wir ihm naturgemäß nicht darin folgen, daß der Werkskollektivismus besonders zur Geltung gebracht werden muß. Zwar will auch er den Verbandstarif nicht zerbrechen, sondern ihn einer wesentlichen Wandlung unterziehen. Den zentralen Verbänden auf fachlich-berufsständischer und bezirklich gemischt-fachlicher Grundlage soll die kollektive Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen vorbehalten bleiben. „Die Lohnregelung wird nicht, wie dies bisher der Fall gewesen ist, ein ausschließliches Monopol des Verbandstarifs bleiben dürfen. Hier werden sich die Arbeitgeberverbände zu überlegen haben, welchen Teil ihrer bisherigen Tarifhoheit sie zugunsten ihres Betriebes abzugeben können.“

Der Anwalt der Arbeitgeberverbände drückt sich hier sehr unklar aus. Wenn wir seine Worte richtig verstehen, so ist er nach wie vor für den allgemeinen Tarifvertrag, jedoch soll die Lohnregelung nicht immer als Bestandteil des Verbandstarifs gelten. Wie sie werksmäßig vorgenommen werden soll, wird nicht gesagt.

Man kann, wenn man Herrn Meissinger glauben darf, annehmen, daß die Arbeitgeberverbände im großen und

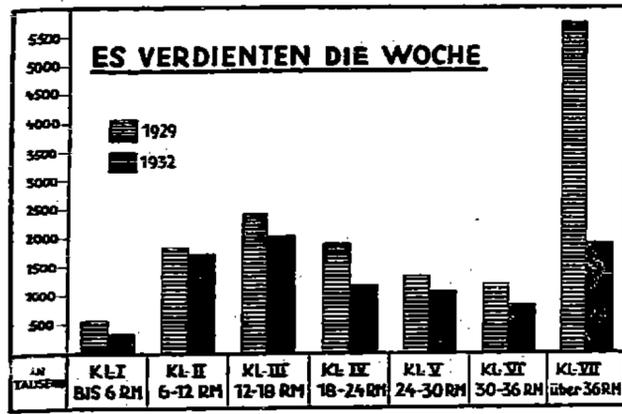
ganzen an dem Tarifvertrag festzuhalten wünschen. Auf der anderen Seite will man aber der Werksgemeinschaft Konzessionen machen und sucht nach einer Synthese zwischen dieser und dem allgemeinen Tarifvertrag.

Für die Arbeiter steht hier, man braucht's nicht zu betonen, außerordentlich viel auf dem Spiel. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben, daß die Unternehmer den Versuch machen, die für sie günstige politische Situation auszunutzen. Der Tarifvertrag als die Grundlage des Arbeitsrechts wird von den Arbeitern aller Richtungen verteidigt. Die unheilvolle politische Zersplitterung muß hier überwunden und das wirtschaftliche Recht des schaffenden Menschen in den Vordergrund gestellt werden. In der bevorstehenden Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse werden die Gewerkschaften der treueste Anwalt der Arbeiterklasse sein.

Verdienstrückgang von 1929-1932

Nach Angabe der Arbeitsämter wurden Ende Januar d. J. 6 014 000 Arbeitslose amtlich gezählt. Davon erhielten 953 000 Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung, 1 419 000 aus der Krisenfürsorge und 2 427 000 aus der Wohlfahrtspflege. Nicht unterstützt wurden Ende Januar 1 215 000. Dazu kommen noch die unsichtbaren Arbeitslosen, deren Zahl auf 1 1/2 Millionen geschätzt wird. Wenn man sich diese Zahlen betrachtet, so fragt man sich vergebens, wie diese verelendete Bevölkerungsschicht bei den kargen Unterstützungssätzen oder sonstigen Almosen ihr Dasein fristet.

Aber auch der Lebensstand der noch beschäftigten Leute hat sich von Jahr zu Jahr verschlechtert. Das beweist der kürzlich veröffentlichte Bericht der Invalidenversicherung über den Absatz der Beitragsmarken, woraus die Zahl der Versicherten errechnet werden kann.



Nach diesen Feststellungen verdienten Ende 1932 rund 387 000 Versicherte oder 4,0 vH die Woche durchschnittlich bis 6 M, 1 738 000 oder 18,6 vH 6 bis 12 M, 2 205 000 oder 23,5 vH 12 bis 18 M, 1 196 000 oder 12,8 vH 18 bis 24 M, 1 041 000 oder 11,1 vH 24 bis 30 M, 876 000 oder 9,4 vH 30 bis 36 M, und nur 1 225 000 Versicherte oder 20,6 vH hatten einen Wochenverdienst von über 36 M aufzuweisen. Gerade die letzte Gruppe, die noch ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein führen kann, ist, wie das Schaubild zeigt, am meisten zurückgegangen.

Besonders günstiges Braunkohlenjahr

Der Braunkohlenbergbau ist bekannt durch die außerordentlich gedrückten Löhne. Die neuerliche Kündigung der Tarifabkommen seitens der Unternehmer zeigt, daß gegenwärtig sogar versucht werden soll, noch weitere Lohnsenkungen durchzusetzen. Wie wenig ein solcher Versuch mit der Geschäftslage des Braunkohlenbergbaus begründet werden kann, zeigt eine Veröffentlichung über die Lage des Braunkohlenbergbaus, die im Märzheft 1933 der Vierteljahrshefte für Konjunkturforschung erschien. Danach ist das abgelaufene Geschäftsjahr 1932 ein besonders günstiges Braunkohlenjahr gewesen, in dem sogar bei gleich hohen Förderziffern die Vorräte von 350 000 auf 180 000 Tonnen abgebaut werden konnten. Vor allem brachten die letzten Monate von August bis November ein Ansteigen der arbeitstätigen Braunkohlenförderung um 24 vH, während sonst in diesen Monaten im Durchschnitt der Jahre 1926/31 die Förderung nur um 12 vH angestiegen war. Die Zunahme war dieses Mal daher weit stärker als saisonüblich. Im gleichen Zeitraum hat sich die Herstellung von Braunkohlenbriketts um 19 vH erhöht, während in den Vorjahren in den Monaten August bis November eine scharfe saisonmäßige Senkung zu verzeichnen war. Vor allem wird die Braunkohle im steigenden Umfang für die Elektrizitätserzeugung herangezogen, so daß bereits Einschränkungen in der Brikett-erzeugung in der Absicht vorgenommen wurden, die vorhandenen Braunkohlevorräte für spätere Verwendung in der Elektrizitätswirtschaft zu schonen.

Die Volksfürsorge und Arbeitsbeschaffung

Die Volksfürsorge vermochte auch in dem Krisenjahr 1932 Hypotheken in hohem Maße zur Verfügung zu stellen. Für die neuen Hypotheken gilt gleichfalls der für alte Gelder gesetzlich vorgesehene Zinsfuß von 6 vH. Die Volksfürsorge hat außerdem von der Möglichkeit, einen Verwaltungskostenzuschlag zu erheben, keinen Gebrauch gemacht und auch an dem alten Anzählungssatz von 99 festgehalten. Sie hat durch die Hergabe billigen Geldes zu ihrem Teil an der Arbeitsbeschaffung mitgewirkt und vielen Unternehmungen die Weiterarbeit ermöglicht. Dies ist um so höher zu bewerten, als sie in erster Linie den infolge der Not erhöhten Ansprüchen ihrer Versicherten zu genügen hatte. Wenn die Volksfürsorge democh 25 Millionen M als Wohngrundstückshypotheken usw. anlegen konnte, dann beweist dies den praktischen Wert des Instituts für die Versicherten im allgemeinen und für die deutsche Wirtschaft im besonderen.

Vorkapitalistische Tauschwirtschaft

Im Osten Berlins hat sich eine Gemeinschaft von Kaufleuten gebildet, die ihre Ware gegen andere Ware abgibt. So zum Beispiel bekommt der Schuhmacher für ein paar Sohlen drei Pfund Fleisch. Der Schneider liefert dem Kolonialwarenhändler einen Anzug und kann dafür eine Zeitlang Waren ohne Bezahlung beziehen. Wenn man denartiges hört, dann sollte man nicht glauben, daß wir im Zeitalter des Hochkapitalismus leben. In der kapitalistischen Wirtschaft lautet die Formel Ware-Geld-Ware. Die Wirtschaftskrise hat uns teilweise wieder in die vorkapitalistische Tauschwirtschaft zurückgeführt.

Goebbels über die Freiheit der Presse

In einer Pressekonferenz gab der neuernannte Minister für Propaganda und Volksaufklärung Dr. Goebbels ein Bild davon, in welchem Rahmen sich seine Tätigkeit bewegen soll. Das Ministerium soll in fünf Abteilungen zerfallen: 1. Rundfunk, 2. Presse, 3. aktive Propaganda, 4. Film, 5. Theater und Volks-erziehung. Wenn Goebbels erklärte, daß die früheren Regierungen auf dem Gebiete der Propaganda vollständig versagt hätten, dann trifft dies zweifellos zu. Was er über die Presse sagte, zitierten wir aus dem Berliner Börsen-Courier:

„Der Minister sehe eine Vielheit von Verboten als keinen Normalzustand an. Er selbst werde jetzt der oberste Verbindungsmann zwischen der Presse und der Regierung sein. Das neue Kabinett sei der Meinung, daß die Presse einer Regierung helfen müsse, dabei sei manchmal auch Kritik notwendig. Die Kritik dürfe nicht dazu angetan sein um der Regierung das Volk aus der Hand zu schwindeln. Sie müsse in einem Ton vorgebracht werden, der dem Ausland nicht die Gelegenheit biete, Einwendungen der inländischen Presse gegen die Tätigkeit der Regierung aufzugreifen und so etwa eine verschärfte Kritik von außen heranzubringen. Die Regierung stelle sich vor, daß durch die Tätigkeit des neuen Ministeriums die Presse allmählich zu einem Klavier für die Regierung wird, auf dem sie spielen könne.“

Der deutsche Fürsorgeetat

Für das 3. Vierteljahr 1932 liegt nunmehr eine Aufstellung vor, die die Höhe der vierteljährlichen Fürsorgekosten, die durch Bar- und Sachleistungen entstanden, angibt. Die Leistungen verteilen sich in erster Linie auf die Wohlfahrtserwerbslosen, die Sozialrentner, Kriegsbeschädigten, Kleinrentner und sonstige Hilfsbedürftige. Auf die Wohlfahrtserwerbslosen entfiel mit 63 vH der Gesamtkosten der bei weitem größte Teil der Fürsorgeleistungen. Die Gesamtaufwendungen im Vierteljahr Juli bis September 1932 betrugen im Deutschen Reich 495 Millionen oder durchschnittlich 7,94 M je Einwohner. Im einzelnen entfielen in den Städten 13,08 M, in den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden dagegen nur 4,30 M auf den Kopf der Bevölkerung.

Die Fürsorgeleistungen selbst bestehen in laufenden Barunterstützungen, die mit 443 Millionen den weitaus größten Teil der Aufwendungen beanspruchten, aus einmaligen Barunterstützungen in Höhe von etwa 9 Millionen und aus Sachleistungen in Höhe von 43 Millionen. Durchschnittlich kam auf den städtischen Wohlfahrtserwerbslosen je Vierteljahr eine Barunterstützung in Höhe von 140 M, auf den ländlichen Wohlfahrtserwerbslosen von 123 M. Im Durchschnitt erhielt der Wohlfahrtserwerbslose 134 M im Vierteljahr oder 536 M im ganzen Jahr an Unterstützungen ausbezahlt.

Rückgang des Fleischverbrauchs

Das Arbeitseinkommen der großen Verbrauchermassen ist von 1929 bis 1932 gewaltig gesunken. Gleichzeitig sind die Reserven der Konsumenten zum größten Teile aufgezehrt. Da ein Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse für Deutschland so gut wie unmöglich ist, müssen in Deutschland, für das durch zollpolitische Maßnahmen die Einfuhr vor allem von Fleisch bedeutungslos geworden ist, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse solange fallen, bis die angebotenen Mengen der Aufnahmefähigkeit der Konsumenten entsprechen. Dieser durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre erzwungene Preisfall, der sich vor allem beim Fleisch stark auswirkte, hat zum großen Teil verhindern können, daß entsprechend dem Einkommensschwund auch der Verbrauch zurückgehen mußte.

Das letzte Wirtschaftsjahr 1932 zeigt jedoch, daß die Verarmung der großen Massen der Bevölkerung gegenwärtig soweit fortgeschritten ist, daß trotz der gewaltigen Preisrückgänge auch Verbrauchsminierungen eintreten mußten. So ging beispielsweise der Fleischverbrauch nach den Mitteilungen des Deutschen Statistischen Reichsamtes im Jahre 1932 von 3,30 Millionen Tonnen auf 3,18 Millionen Tonnen, also insgesamt um 120 000 Tonnen zurück. Im Verbrauch je Kopf der Bevölkerung bedeutet das einen Rückgang von 51,08 kg im Jahre 1931 auf 48,94 kg im Jahre 1932. Vor allem hat der Verbrauchsrückgang des letzten Jahres das Schweinefleisch betroffen, dessen Anteil von 33,20 auf 30,87 kg je Kopf der Bevölkerung zurückging. Der Gesamtverbrauch an Schweinefleisch fiel in Deutschland im Jahre 1932 von 2,15 auf 2,0 Millionen Tonnen.

Sollen noch Wohnungen gebaut werden?

Die Frage, ob noch Wohnungen gebaut werden sollen, kann nur vom tatsächlichen Wohnungsbedarf bestimmt werden. Darüber hinaus haben wir zu prüfen, wo und wie gebaut werden soll und unter welchen Voraussetzungen die Rentabilität gewährleistet ist. Gerade wegen dieser verantwortlichen Haltung gegenüber der Gesamtwirtschaft müssen wir, gestützt auf die Forschungsergebnisse der Bevölkerungsstatistik, den Bau von mindestens zwei Millionen Wohnungen bis zum Jahre 1940 verlangen. Wir verweisen auf die Statistik des Deutschen Reiches, Band 401 Teil II, und das in diesen Tagen erschienene Heft des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, Verfasser Dr. Karl Wagner vom Statistischen Reichsamt: Dürfen wir noch bauen? (Karl Heymanns Verlag, Berlin.)

Eine eingehende Untersuchung des deutschen Altersaufbaus führt zu dem Ergebnis, daß Deutschland einem ungeheuren Wohnungsmangel entgegengeht! Das Aufkrühen der stark besetzten Vorkriegsjahrgänge in das heiratsfähige Alter und die verlängerte Lebensdauer unserer Generation vermehren den Bestand an Ehen und Haushaltungen im laufenden Jahrzehnt um 300 000 je Jahr. Ein Wohnungsbauprogramm für die nächsten sieben Jahre mit mindestens zwei Millionen Wohnungen würde lediglich den heutigen Zustand mit einer Million Haushaltungen in Untermiete und allen sonstigen sozialen Umständen erhalten. Bis zum Jahre 1960 muß noch mit einer Zunahme von 3 bis 3 1/2 Millionen Haushaltungen gerechnet werden. Bis zum Jahre 1950 ist ein Bedarf von 4 bis 5 Millionen Wohnungen zu decken. Ein Absinken der Bedarfsziffern tritt erst um das Jahr 1960 durch das Aussterben der heute noch in der Blüte der Jahre stehenden starken Vorkriegsjahrgänge ein.

Das ist der wissenschaftliche Befund des „objektiven“ Wohnungsbedarfs. Im Streit der Meinungen um die Entwicklung des Wohnungsbaues der nächsten Jahrzehnte wird mit der Formel vom „subjektiven“ Wohnungsbedarf operiert. Es wird darunter die tatsächliche Nachfrage nach Wohnungen verstanden. Wenn also eine Million Untermieterfamilien, wie sie von der Reichswohnungszählung 1927 ermittelt worden sind, der gegenwärtigen Notlage gehorchend, keinen Bedarf nach einer eigenen Wohnung anmelden, scheiden sie für die Ermittlung der Ziffer des „subjektiven“ Wohnungsbedarfs aus. Mit der Annahme, daß der, der nicht schreit, keinen Bedarf habe, kann man jedes Massenerleid aus der Welt praktizieren. Ebenso falsch ist die Methode, die Zahl der vorhandenen Wohnräume mit der Kopfzahl der Bevölkerung zu vergleichen. Diese Auffassungen vom subjektiven Wohnungsbedarf, die zum Teil auf wirtschaftlichen Interessen, zum Teil auf mangelnder sozialer Verantwortlichkeit und auf einer durch die Krise hervorgerufenen wirtschaftlichen Angstpsychose beruhen, können einer näheren Prüfung nicht standhalten. Die Bauwirtschaft wird also die Berechnungen der Statistik über den objektiven Wohnungsbedarf (nicht Nachfrage!) freudig begrüßen.

Arbeiterfrau

Drei Wochen über die Zeit — —! Nur kein Kind. Mein Mann ist arbeitslos. Ich muß mich untersuchen lassen. Der Arzt erwidert mürrisch meinen Gruß. „Was wollen Sie?“ — „Ich wollte mich untersuchen lassen.“ — „Warum?“ — „Die Regel blieb zum zweitenmal weg.“ — „Dann sind Sie schwanger.“ — „Es könnte doch auch eine andere Ursache haben.“ — „Nein, Sie sind schwanger.“ — „Untersuchen Sie mich doch.“ — „Die Kasse erlaubt das nicht; guten Morgen.“

Beim zweiten Arzt. Er ist freundlicher. Als die Untersuchung beendet ist, sagt er sofort: „Helfen kann ich nicht.“ — „Mein Mann ist aber arbeitslos.“ — „Ich darf nicht!“ — „Wir haben nur einen Raum!“ — „Ich darf nicht!“

Bei der Frau. Jemand gab mir die Adresse. In eine enge, schmutzig-muffige Stube trete ich hinein. „Schwanger?“ — „Ja.“ — „Wie lange?“ — „Zwei Monate.“ — „Komm hier herein; leg Dich dort aufs Bett.“ — In mir wächst die Angst. Else ist gestorben, Lene ist unterleibskrank. „Nein, nein, lieber nicht.“

Arbeiterin in einer Printenfabrik gesucht. Ich bekomme den Platz. 20 Mark in der Woche. Außer mir sind noch zwei Arbeiter und eine Arbeiterin beschäftigt. Die Männer machen den Teig, ich rolle und schneide die Printen, die andere Arbeiterin verpackt die fertigen Printen. Ich muß die Bleche in den Ofen schieben. Sie sind schwer. Einen Arbeiter bitte ich um Hilfe. Der Besitzer sieht es. „Das müssen Sie allein machen.“ Wenn ich sage, daß ich schwanger bin, werde ich entlassen.

Der Unternehmer war bis vor kurzem Schöffe. Am Wochenende hat die eine Arbeiterin drei Mark mehr von ihrem Chef für . . . Menschensind Ware, das Angebot ist groß, der Arbeitsplatz beschränkt, jeder will seinen Arbeitsplatz halten.

Mein Mann hat Arbeit gefunden. „Hör auf!“ Vier Wochen bis Weihnachten. 80 Mark.

Die andere Arbeiterin und ich tauschen die Arbeitsplätze. Nun habe ich es etwas leichter. Mein Mann verdient 37 Mark die Woche. Wenn er Arbeit behält, haben wir bis zur Niederkunft die nötigen Sachen für das Kind. Meine Mutter hat uns die Miete erlassen.

Jetzt klopft das Kind schon unter dem Herzen. Ich bin so froh. Wir sind noch jung und haben viel Mut. Wir werden es zwingen.

Das Kind ist da. Es ist so lieb. Glücksgefühle durchströmen mich. Es ist der 1. Mai. Draußen ziehen die Genossen mit den roten Fahnen. Mein Mann ist auch dabei. 38 Arbeiter im Werk haben sich freigemacht. 38 von fast 1000! Durch das Fenster klingt es: Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

3. Mai. Hell lacht die Märzsonne in unser Zimmer, in dem wir Wöchnerinnen zu acht zusammen liegen. Mittags kommt mein Mann. Er ist arbeitslos. Arbeitsmangel steht auf dem Entlassungsschein. Es müßte dort stehen: Gemäßregelt, weil er den 1. Mai feierte. Was nützen uns die Arbeitsgesetze? Die Kapitalisten sind die Herren über den Arbeitswillen.

5. Mai. Die Augen des Kindes sind morgens voll Eiter. Die Wärterin will das Kind zur Taufe holen. „Das Kind wird nicht getauft.“ „Dann ist es ja ein Heidenkind.“ „Gehen Sie mit dem Heidenkind zur Augenklinik, es soll keine Brillen tragen.“

Ich kann lange warten. Zuerst kommen ja immer erst die Frauen von der ersten, zweiten und dritten Klasse. Dann erst kommen wir und unsere Kinder dran, wir Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder. Wir mit der Krankheit Armut.

7. Mai. Die Wärterin ist in der Klinik gewesen. „Mit Bohrwasser auswaschen, hat nichts auf sich.“

9. Mai. Wir haben keine Ruhe. Wir gehen zur Augenklinik. Ich bin noch sehr schwach. Der Arzt ist freundlich. Er nimmt das Kind mit in einen besonderen Raum. Er bleibt eine Weile weg, dann kommt er mit ganz ernstem Gesicht wieder. „Was ist mit dem Kind?“ — „Es ist sehr schlimm, man hat dem Kinde nach der Geburt die Augen nicht in Ordnung gebracht. Fruchtsaft ist hineingekommen; ich weiß nicht, ob es sehen kann.“ — Ich bin dem Weinen nahe. — „Kommen Sie heute nachmittags wieder.“ sagt der Arzt.

Wer kann die schreckliche Ungewißheit dieser Stunden ermaßen? Die Geburt war ein Kinderspiel dagegen. Wir können nichts sagen; wir sind wie tot.

Hin zur Klinik. Der Arzt nimmt das Kind. Wir können nicht sitzen. Die Tür, die Tür geht auf. Der Arzt lächelt ermutigend: „Das Kind wird gesunde Augen bekommen.“ Mir ist, als wäre das Kind zum zweitenmal geboren.

Was hier steht, ist ein Abschnitt aus dem Tagebuch einer Arbeiterfrau. Hans Dohrenbusch.

Sintflut über Midland

„Hallo! Hier Wetter-AG Cincinnati!“
„Hier Universal-Film. Es spricht Direktor Melett. Wir brauchen sofort Regen für Aufnahmen. Können Sie das machen?“

„Regen soviel Sie wollen. Direktor Melett!“
„Dann nehmen Sie das nächste Flugzeug und kommen Sie nach Midland in Texas! Wir filmen hier.“

„All right!“
Eine Stunde später klettert der magere Professor Yates von der Wetter-AG Cincinnati in ein Flugzeug. Er ist gelaufen wie der Teufel zum nächsten Auto und dann am Flugplatz zum nächsten Flugzeug, um ja keinen Augenblick zu versäumen. Nun verschnauft er und steckt sich eine mächtige Zigarre zwischen die Lippen. Befriedigt stellt der Regenmann fest, daß das Flugzeug bereits über den Golden River hinweg ist. In sechs Stunden wird man am Ziel sein. — —

„Sie sind Professor Yates?“
„Der bin ich.“

„Ich bin Direktor Melett, Herr Professor. Wir brauchen Regen zum Filmen. Alle Szenen im Sonnenschein sind aufgenommen. Jetzt fehlt nur noch der Regenakt. Indischer Regen, verstehen Sie, Herr Professor! Es muß schütten, schütten, wie es eben in Indien schüttert. Können Sie das machen?“

„Alles können wir machen, Mister Melett.“
„Kostet?“
„Dreitausend Dollar und Spesen.“

„Gemacht.“
Zehn Minuten später ruht ein Scheck auf fünftausend Dollar in der Brieftasche des Professors.

In den Morgenstunden des nächsten Tages blickt Professor Yates zum Himmel empor. Der ist bewölkt. Von Regen keine Spur.

„Was ist mit dem Regen, Herr Professor?“
„In zwei Stunden, Herr Direktor!“

Professor Yates arbeitet nach der Methode des Wettergelehrten Wigant. Er läßt in Säcken elektrisch geladenen Sand verpacken und ladet das Flugzeug voll damit. „Über die Wolken rauff“, befiehlt er dem Piloten.

Zwanzig Minuten später ist man tausend Meter hoch, über den Wolken. Und nun geht es in rasender Fahrt hin und her über die Wolken: eine Streaumaschine zerpulvert den Sand mit seiner Elektrizität über den Wolken.

„Die ersten Tropfen!“, stellt Direktor Melett befriedigt fest, der bis jetzt ungeduldig auf der Terrasse gesessen hat und einen Schnaps nach dem anderen getrunken — nein, geöffnet — hat. „Aufnahmen heraus!“, brüllt der Regisseur. Die Telephone machen Kettenleistungen, um die Stars aus ihren Villen zu holen.

Man filmt. Es regnet. Es schüttert. Wie in Indien schüttert es. Der Direktor ist sehr zufrieden. „Verdammt braver Kerl, dieser magere Professor Yates! Dieser Regen allein schon ist ein Welt Erfolg. Die Indier werden schauen, wie es in ihrem Indien regnen kann!“ — —

Als Metallarbeiter in Hollywood

Wenn ein Filmstern nach Hollywood geht, dann wimmelt es in den Zeitungen nur so von Ankündigungen und Berichten, von Erzählungen und Fotos. Aber wenn ein Arbeiter nach Hollywood geht, wenn er Mut und Unternehmungslust genug hat, um sein Glück in einer fremden Welt zu versuchen, dann kräht kein Hahn danach. Und doch hat der Arbeiter mindestens genau soviel zu erzählen, wie der Filmstar — bloß betrachtet er die Welt von einem anderen Standpunkt aus.

Aber hören wir ihn selbst, den jungen Metallarbeiter P. Er teilte das Schicksal vieler Berufsgenossen, wurde arbeitslos und sah auch keine Aussicht, wieder Arbeit zu finden. Aber er hatte Glück im Unglück. Sein Bruder war vor vielen Jahren nach Amerika ausgewandert und hatte in der Nähe von Los Angeles in Kalifornien eine Hühnerfarm gegründet. Als er vom Schicksal seines jüngsten Bruders erfuhr, schrieb er kurz und bündig: „Brauche tüchtigen Arbeiter, sende mit gleicher Post Reisegehalt.“ Und nach wenigen Wochen schwamm der junge Arbeitslose bereits auf dem Weltmeer, einem neuen Leben entgegen.

Jedoch Hühnerställe ausmisten und am Kratzbock stehen ist zweierlei. Das sah auch der Farmbesitzer ein, wenn er auch mit der Arbeit seines Bruders nicht gerade unzufrieden war. Und so spielte er nicht den Gekränkten, sondern gab dem Jungen gutes Schuhwerk, einen anständigen Anzug und tüchtig Proviant mit, als er sich zu einem kleinen „trip“ in die Umgegend aufmachte, um sich die dortigen Verhältnisse einmal anzusehen. Er hatte auch schon ein ganz bestimmtes Ziel und einen Plan. Etwa 14 Kilometer von der Hühnerfarm entfernt liegt Hollywood. Der Name spukte ihm im Kopfe, seitdem er seinen ersten Film gesehen hatte. Er mußte sich die Sache anschauen und, wer weiß, vielleicht war dort auch für einen Schlosser irgend etwas zu drehen! Also vorwärts!

„Und ich hatte märchenhaftes Schwein!“ erzählt er selbst. „Durch einen glücklichen Zufall fand ich sofort Arbeit, wenn auch nicht als neuentdeckter Filmstern, so doch als Tagelöhner. Gerade begannen die Vorbereitungen für einen Riesentempel aus der Zeit des römischen Kaisers Nero, und so war etwas zu machen. Wir waren über 400 Arbeiter. Unsere Aufgabe bestand darin, ein riesiges Gelände in Straßen und Plätze, in Häuser, Theater, Tore usw. einzuteilen, und zwar genau nach dem Plane des alten Rom. Junge, Junge, da bekam ich einen anderen Begriff als damals in der langweiligen Geschichtsstunde bei unserem Rektor! Was haben wir da nicht alles gebaut: Die Katakomben, wo sich die Christen nächtlich versammelten, eine Riesensarena, in der Tausende von Menschen Platz hatten, die unterirdischen Kerker für die Gladiatoren, das Capitol mit herrlichen Palästen, mit Sälen und Gärten und Springbrunnen, dann römische Privathäuser mit Säulenhallen und Treppen, mit Fresken und Statuen. Ein großartiger Anblick war auch das riesige Marmorbad, das angeblich genau nach den Plänen der damaligen römischen Bäder errichtet wurde. Natürlich haben wir das alles nicht aus Stein, sondern aus Pappe und Holz und Leinwand aufgebaut. Aber im ganzen war es doch ein fabelhafter Anblick, und ich kam mir bald selbst wie ein oller Römer vor. Nur — unsereins raucht auch einmal ganz gern eine Zigarette, und einmal erwischte mich ein Spielleiter, wie ich gerade den Stummel wegwarf. Da hat er mich mit einer Flut von englischen Schimpfworten überschüttet und sich mächtig aufgeregt, daß im Alten Rom ein Zigarettenstummel auf der Straße läge!“

Professor Yates kommt in die Direktion. „Zufrieden, Herr Direktor?“
„Fabelhaft! Wie lange wird es regnen?“
„Solange Sie wollen, Herr Direktor.“
„Noch zwei Tage.“

Das Flugzeug steigt wieder auf und streut geladenen Sand über den Wolken aus. Und es schüttert. Schüttert ärger als in Indien. Die Straßen stehen unter Wasser, die Bahndämme werden unterwaschen, das Land wird zu einem Sumpfgelände.
„Genug!“, brüllt Direktor Melett.
Professor Yates sieht fassungslos zum losgelassenen Element empor.

„Streuen Sie einen andern Kram aus, daß es aufhört!“
„So weit ist die Wissenschaft noch nicht“, erklärt kleinlaut der Professor.

„Wir werden hier ertrinken. Meine Stars, meine Statisten, ich selbst und schließlich auch meine Aufnahmen. Der ganze Film ersäuft, wenn nicht sofort Schluß mit dem Regen wird!“
Der Direktor läuft in Wasserstiefeln verzweifelt auf der Terrasse des Prince-Hotels herum.

„Meine Villa ist fortgeschwemmt!“, schreit der Star Milla Doo.
„Dort schwimmt mein Auto!“, gröhlt verzweifelt Pizzi Kaka.
Und es schüttert, schüttert . . .

Der Film „Die indische Perle“ konnte niemals in die Öffentlichkeit gelangen, denn er ist samt allen Darstellern in Midland in Texas ertrunken. Professor Yates von der Wetter-AG in Cincinnati ist wegen Unfähigkeit entlassen worden und nach Island geflüchtet, wo er eine Nordhühnerfarm mit elektrischer Befruchtung betreibt, denn er kann nun einmal von den Segnungen der Elektrizität nicht lassen. Es ist abzuwarten, welche Erfolge er auf diesem Gebiete erzielen wird.

Die Zeitungen werden im Jahre 1950 ganz genaue Berichte über diese Sintflut über Midland in Texas bringen. Einstweilen experimentiert Professor Yates herum, wie man Regen aufhören lassen könnte. Er ahnt noch gar nicht, welche Überraschungen ihm bevorstehen! Klaus Klaufen.

Ein Bettler steht vor der Tür

Es steht ein Bettler vor deiner Tür,
ein Mann mit kräftigen Armen:
dein erster Gedanke: Was will der hier? —
Es mutet dich an wie Ungebur
und Spekulation auf Erbarmen.

Doch draußen liegt Schnee und der Mann, der hat die Stiefel mit Draht umwunden,
er läuft ohne Mantel und Hemd durch die Stadt und wurde wer weiß wie lang nicht mehr satt zwischen Kunden und wildernden Hunden.

Und nun steht er hier, es zittert die Hand der „milden Gaben“ entgegen:
so ziehn sie zu Tausenden durch das Land,
sie sind das Elend am laufenden Band
auf allen Plätzen und Wegen.

Und der Mann, der vor deiner Türe steht,
der möchte die Arme gebrauchen,
wo er wieder wie Mensch unter Menschen geht,
wo der Schraubstock steht, wo das Schwungrad sich dreht,
wo die Schlotte dampfen und rauchen!

Er wartet Jahre auf Jahre schon
im Lande der Stempelkarten, —
ihm gab auch der „Aufbruch der Nation“
trotz Rundfunk und Fackelprozession
weder Arbeit noch Kleidung, weder Brot noch Lohn:
so stehen Millionen und — warten . . . Peter Riß.

Aber für mich war bald noch mehr zu tun. In Hollywood gab es auch eine große Metallwarenerwerkstätte, und als dort ein gelernter Schlosser gebraucht wurde, meldete ich mich natürlich. Das gefiel mir doch noch besser als alles andere. Was da zu tun war? Na, eine ganze Menge Rüstungen und Waffen für den Film wurden doch gebraucht, denn nur ein Teil konnte aus Sammlungen usw. entliehen werden. So war ich also eine Art „Rüstungsfabrikant“ geworden, zum Glück bloß für den Film, denn sonst hätte ich nicht mitgemacht! Schwerter und Speere, lange Speere und Messer, Helme, Brustwehren, Beinschienen und Wehrgehänge: das alles wurde in unserer Werkstatt hergestellt. Aber meine „Filmheld“-Rolle sollte erst noch beginnen.

In dem Film wurden nämlich einige Dutzend junge Leute gebraucht, die als römische Reiter in voller Rüstung dahinsausen sollten, um die Heldin des ganzen Stückes zu fangen. Es war scheinbar nicht so einfach, im 20. Jahrhundert junge Männer zu finden, die ungesattelt, mit den schweren Rüstungen angetan, einen Galopp vorführen konnten. Einen ganzen Tag lang ließ ich mir die Sache durch den Kopf gehen: Reiten hatte ich bei meinem Bruder gelernt, jung und kräftig war ich auch, also meldete ich mich dreist und gottesfürchtig. Der Proberitt verlief mehr als blamabel; denn die hatten mir ein Biest von Streitroß untergeschoben, das dauernd bockte, und wenn der Bedarf nicht so dringend gewesen wäre, so wäre meine Ritterrolle hiermit endgültig zu Ende gewesen. Aber — abgesehen von den Cow-boys, die maß engagiert hatte und die wie die liebhaftigen Teufel ritten — den anderen Filmstatisten ging es nicht viel besser, und so durfte ich bleiben. Über mußten wir allerdings wie die Wahnsinnigen, und wenn nicht die Entlohnung relativ gut gewesen wäre, hätte ich die Schinderei nicht lange mitgemacht. Als ich das Härteste überwunden hatte, machte mir die Sache einen Mordsspaß, und ich wünschte mir bloß immer, meine früheren Kollegen hätten mich sehen können, wie ich auf meinem römischen Streitroß dahinsprengte.

Aber alles geht einmal zu Ende, auch ein römisches Reiterleben. Als der Film gedreht war, als das schöne Rom, das aufzubauen ich geholfen hatte, in Asche vor uns lag, wie es die Handlung verlangte, war auch kein Bedarf mehr für einen Schwertumgürteten, gepanzerten Lanzenreiter. Ich muß wohl gar keine so üble Figur gemacht haben, denn ein deutscher Regisseur, der die Aufnahme mitgemacht hatte, stellte an verschiedene von uns, darunter auch an mich, die Frage, ob wir mit ihm nach Deutschland zurückkehren wollten. Er würde uns in der Filmindustrie unterbringen. Ich schwankte erst, denn ich hatte schon herausgefunden, daß eine Filmkarriere ungefähr so unsicher ist wie heute die Tätigkeit eines Metallarbeiters. Schließlich entschied das Heimweh nach Deutschland und — meine Braut hatte ich auch daheim zurückgelassen. So schlug ich ein.

Heute ist er Filmschauspieler, der einstige junge Metallarbeiter, aber er ist auch in seinem neuen Beruf nicht auf Rosen gebettet. Seine Rollen sind klein und bescheiden, denn seine schauspielerische Begabung ist mehr auf das Artistische gerichtet und nicht vielseitig genug, um hochzukommen. Und so rechnet er immer wieder mit der Möglichkeit, eines Tages zu seinem alten Beruf zurückzukehren oder — schlimmstenfalls — die Filmrolle mit der Stempelkarte zu vertauschen. „Und doch“, so sagt und strahlt er, „war es ein Erlebnis, über Mutters Schürzenzipfel hinwegzuschauen und als Metallarbeiter nach Hollywood zu gehen!“ E. M.

Das Wundermittel

Auf dem Marktplatz der kleinen Stadt stauen sich die Leute um einen Ausrufer.

„Meine Damen und Herren, ich biete Ihnen das großartigste Haarwuchsmittel der Welt an! Es heißt Excalvo! Ich bitte irgendeinen Herrn, der eine Glatze hat, sich mir zur Verfügung zu stellen.“

Ein noch ziemlich jung aussehender Mann schiebt sich durch die Menge. Der Ausrufer greift an den Hut des jungen Mannes und nimmt ihn ab. Eine gewaltige Glut kommt zum Vorschein. „Donnerwetter! Wo haben Sie sich denn den Vollmond zugelegt?“ scherzt der Verkäufer. „Na, den kriegen wir bald weg.“ Er schüttelt die Flasche mit Excalvo in der Hand. „Meine Damen und Herren, ich werde diesem Manne hier zwei Flaschen Excalvo schenken. Merken Sie sich das Aussehen des Herrn! In acht Tagen komme ich wieder auf den Markt. Sie werden staunen, meine Damen und Herren. Junger Mann — hier sind die zwei Flaschen. Gebrauchsanweisung ist dabei. Zu bezahlen brauchen Sie nichts; es handelt sich um ein Experiment. Wenn Sie der Gebrauchsanweisung genau folgen, dann werden Sie Ihr blaues Wunder erleben.“

Und der Ausrufer verkauft einige wenige Flaschen Excalvo. Am nächsten Markttage ist er wieder da.

„Hat jemand etwas von dem jungen Manne gesehen, dem ich die zwei Flaschen Excalvo geschenkt habe?“ Niemand weiß etwas von ihm.

„Ah — da ist er ja!“ brüllt der Ausrufer erfreut. „Nun, wir werden mal sehen.“

Der junge Mann schiebt sich durch die Menge. Der Ausrufer reißt ihm den Hut vom Kopfe, und dichtes, schwarzes Lockenhaar kommt darunter zum Vorschein. „Na, meine Damen und Herren, was sagen Sie nun?“ schmunzelt der Verkäufer. „Innerhalb einer Woche vom Kahlkopf — wenn das nicht eine fabelhafte Wirkung ist, dann weiß ich überhaupt nicht, was eine fabelhafte Wirkung sein soll!“

„Det is woll 'ne Perücke?“ fragt ein Ungläubiger aus dem Publikum.

Da neigt der junge Mann seinen Lockenkopf dem Zweifler zu und sagt: „Fassen Sie mal kräftig hinein!“

Der Zweifler packt mit voller Wucht in den Schopf des jungen Mannes und reißt mit aller Kraft daran. Die Haare sind echt. Sind gewachsen. Das Publikum klatscht Beifall. Und das Publikum kauft Excalvo. Die meisten nehmen gleich mehrere Flaschen mit. Für Onkel August auch noch eine und für Onkel Emil eine zweite. Je Flasche eine Mark; das ist doch nicht zu teuer für dieses fabelhafte Wunderzeug. Sie alle haben es ja gesehen, daß es derselbe junge Mann war, der am vorigen Sonnabend noch eine Glatze gehabt hatte und nun einen Urwald von Haaren auf dem Schädel trug . . .

Am Abend trafen sich in der Nachbarstadt drei Männer. Der Verkäufer und zwei Herren, die sich ähnelten wie ein Ei dem andern. Man sah auf den ersten Blick, daß es Zwillingbrüder waren. Nur daß der eine vollkommen kahl war und der andre dichtes schwarzes Haupthaar trug . . . Kurt Mieth.

Unermüdliche Wißbegier

„Papa, was ist ein Vegetarier?“
„Ein Vegetarier ist ein Mann, der kein Fleisch ißt.“
„Was ißt er denn aber, wenn er kein Fleisch ißt?“
„Gemüse und so was.“
„Papa, was ist eine fleischfressende Pflanze?“
„Eine Pflanze, die Fleisch frißt.“
„Wenn aber nun der Vegetarier Gemüse aus fleischfressenden Pflanzen ißt . . .?“



Verbandsleben



Neue Aufgaben für unsere Tarifpolitiker

In vielen Vorträgen wurde dahin gearbeitet, dieses oder jenes System für die Arbeitszeitermittlung in den Betrieben geläufig zu machen. Wie aber bei der Anwendung des einen oder anderen Systems ein Nutzeffekt für die Arbeiter herauszuwirtschaften ist, darüber herrscht großes Schweigen. Kein Wunder daher, daß der Arbeiter jeder Neuerung nach dieser Richtung hin mißtrauisch gegenübersteht. Dennoch müssen wir uns damit abfinden, daß wir bei dem unermüdbaren Fortschritt allen Geschehens auch hier bei alten Methoden nicht stehen bleiben können; wir haben daher dafür zu sorgen, daß der Segen jeder Neuerung in die richtigen Kanäle fließt. Dieses aber erreichen wollen, heißt jede Neuerung schnell erkennen, mutig zugreifen und sie uns zweckdienlich machen.

Es muß klar erkannt werden, daß der Sinn der Arbeitszeitermittlung doch der ist, dem Fabrikanten, der das Produkt auch verkaufen will, die Möglichkeit zu geben, durch eine einwandfreie Festlegung der Fertigungsdauer den Verkaufspreis festzusetzen und der Werkstatt eine Handhabe zu geben, genaue Liefertermine aufzustellen. Das letztere ist für die Arbeitszeitermittlung das Primäre; sie legt lediglich die Fertigungsdauer fest, ohne Rücksicht auf den Verdienst, den der Akkordarbeiter bei der Anfertigung erzielt oder erzielen soll.

Durch das Einhalten der vorgeschriebenen Fertigungszeit ist der überlieferte Begriff „Akkordarbeiter“ hinfällig geworden. Dieses drückt sich schon in dem Akkordvertrag dadurch aus, daß es nicht heißt: Du bekommst für das Stück einen Geldfaktor, zum Beispiel 0,60 M, sondern 60 Minuten. Sind diese 60 Minuten genau ermittelt und steht es einwandfrei fest, daß alle Voraussetzungen für die Einhaltung dieser 60 Minuten bei der Fertigung des Arbeitsstückes durch den Arbeiter erfüllt sind, so hat dieser nach Fertigstellung und Einhaltung der voreingerechneten Zeit in 60 Minuten 0,60 M verdient. Eine andere Frage ist natürlich die, ob der von dem Arbeiter in dieser Zeit und für diese Arbeit erzielte Verdienst von 0,60 M ein „angemessener“ ist. Diese Frage zu beantworten ist nicht Sache des Arbeitszeitrechners, sondern der Lohnverhandlungen.

Damit sind natürlich auch an den Stellen, wo die modernen Arbeitszeitermittlungen eingeführt sind, alle überlieferten Begriffe der tariflichen Regelung der Akkordarbeit veraltet und überholt, und für unsere Tarifpolitiker eröffnen sich hier ganz neue Perspektiven.

Wenn noch vor gar nicht allzu langer Zeit trotz aller Bedenken der Arbeitervertreter nach dieser Richtung veraltete Akkordbestimmungen für verbindlich erklärt wurden, so zeigt sich hier in erschreckendem Maße wieder die Betriebsfremdheit der Schlichter und der Syndici. In einem uns vorliegenden Tarif heißt es in diesem Zusammenhang: Die Akkorde werden zwischen Werksleitung und Arbeitnehmer frei vereinbart. Abgesehen davon, daß die „freie Vereinbarung“ dadurch nichts von dem Geschmack des „Pferdehandels“ verliert, weil sie „tariflich verankert“ ist, hat sie dieselbe praktische Bedeutung wie der „freie“ Arbeitsvertrag überhaupt. Bei der wirtschaftlich ungleichen Kräfteverteilung wird die „freie Willensbestimmung“ durch das Diktat des Magens des wirtschaftlich Schwächeren begrenzt, und es ist durchaus eine Frage des Temperaments beider Vertragspartner, inwieweit eine wirklich tragbare Verständigung zustande kommt.

Daran ändert auch das „Mitwirkungsrecht der Betriebsräte“ nichts. Ebenso überlebt ist bei der modernen Arbeitszeitermittlung die tarifliche Bestimmung, daß Akkorde so anzusetzen sind, daß der Durchschnittsarbeiter bei gesteigerter Leistung so und soviel vom Hundert über den Tariflohn der entsprechenden Gruppe verdienen muß.

Es soll der Versuch gemacht werden, an folgendem Beispiel den Widersinn dieser tariflichen Bestimmung verständlich zu machen: Die Durchschnittsdreher A und B drehen je eine, und zwar gleichartige Welle; in beiden Fällen bestehen unstrittig „normale Betriebsverhältnisse“. Aber A arbeitet in Lohn, B in „Akkord“. Während der Lohnarbeiter A einen Tariflohn von angenommen 60 Pf. hat, sind dem „Akkorddreher“ B für die Fertigstellung der Welle 60 Minuten vorgeschrieben. Es besteht Einmütigkeit darüber, daß für die Fertigstellung der Welle 60 Minuten benötigt werden und „nichts daran übrig ist“.

Derselbe Tarifvertrag bestimmt aber, daß „Akkorde so angesetzt werden sollen, daß der Akkordarbeiter 10 vH über den Tariflohn seiner Gruppe verdienen muß“. Da aber 60 Minuten des B gleichbedeutend sind mit 60 Pf. Tariflohn seines Kollegen A, reklamiert B mit Recht seinen tariflichen Überverdienst von 10 vH. Er begründet dieses Verlangen, indem er sagt: Der „Akkord“ ist zu niedrig „angesetzt“ worden. Der „Akkordansetzer“ kann dem nicht widersprechen und „setzt“ den Akkord jetzt „neu an“, und zwar mit 60 Minuten plus 10 vH gleich 66 Minuten gleich 66 Pf. In der Nachkalkulation (Abschlußrechnung) erscheint nun diese Welle mit 66 Minuten Fertigungszeit, während in Wirklichkeit nur 60 Minuten gebraucht wurden.

Durch diese bewußt falsch festgelegte Fertigungszeit soll nun der „Überverdienst durch gesteigerte Leistung“ dokumentiert werden. Dabei weiß jeder, daß durch die scharf errechneten wirklichen Zeiten die Leistungssteigerung schon forciert ist, wenn sie eingehalten wurde, und deshalb ein „Herausholen“ darüber hinaus ausgeschlossen ist. Hier liegt die Quelle vieler Reibereien in den Betrieben, die beseitigt werden müssen durch das Einhalten von richtig errechneten Zeiten und dafür „Ansetzen“ von angemessenen Löhnen.

Neben anderen Faktoren, über die gelegentlich noch zu reden wäre, verschleiern die Unternehmer die wirk-

lich gebrauchten Zeiten selbst. An dieser Irreführung können auch wir kein Interesse haben, weil es kein idealer Zustand ist, wenn die Arbeitszeitberechner auf dem Akkordbüro die „Stundenverdienste“ der Akkordarbeiter kalkulieren oder konstruieren, während es deren ureigenste Aufgabe ist, lediglich die Fertigungsdauer zu ermitteln.

Das Kampfgebiet um den Stundenverdienst liegt bei den Gewerkschaften oder den Tarifparteien. Wäre dieser Grundsatz Allgemeingut, so würde mancher Kampf mit dem Akkordbüro ausgekämpft und der Rücken der Gewerkschaft noch mehr gestärkt sein. Die unliebsamen Auseinandersetzungen mit dem Akkordbüro würden sich dann nur auf die Möglichkeit der Einhaltung der vorgeschriebenen Zeit richten und nicht durch den Kampf um den Stundenverdienst erschwert werden.

Die Auswirkungen des bisherigen Zustandes waren niedrige Tariflöhne und relativ hohe, aber geschobene Überverdienste (zum Beispiel Tariflohn 78 Pf. bei einem erzielten Stundenverdienst von 1,60 M), die dann bei Lohnverhandlungen zum Schaden der Arbeiter, zum mindesten aber zum Schaden einzelner Gruppen der am Tarif beteiligten Arbeiter gegeneinander ausgespielt wurden.

Die Entwicklung drängt zu einer klaren Scheidung der Faktoren; die Parole lautet daher: Einhalten der richtig vorberechneten Zeiten, angemessene Tariflöhne und nicht selbststrügerisches „Herausholen“ von geschobenen „Überverdiensten“

Frensch.

Keine Betriebsrätewahlen in Thüringen

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat wird die Durchführung von Betriebsratswahlen im Lande Thüringen bis auf weiteres verboten. Ausgenommen sind Wahlen bei der Reichsbahn und Reichspost. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar bestraft.

Bochumer Gewerkschaftshaus wieder frei

Die mehrere Tage von Nationalsozialisten besetzten Büros im Bochumer Gewerkschaftshaus wurden wieder freigegeben. Die Freigabe erfolgte jedoch nur unter der Maßgabe, daß sämtliche Gewerkschaftsangehörigen ausschließlich sozialpolitische Arbeit in der Fürsorge für den ihnen anvertrauten Kreis der Arbeiterschaft leisten. Jede „staatsfeindliche Betätigung“ im Dienste des Marxismus ist „mit Nachdruck“ untersagt worden. Als Überwachungskommissar für die ausschließlich sozialpolitische Arbeit der Gewerkschaften wurde der Gau-Betriebszellenleiter Stein bestimmt. Alle in den Gewerkschaftsbüros beschäftigten Angestellten erhalten zum Zweck der Kontrolle eine Ausweiskarte.

Die Gewerkschaften in Bayern

Der bisherige Beauftragte für das bayerische Ministerium des Innern, Adolf Wagner, hat, wie wir dem Berliner Tageblatt vom 17. März, Morgenausgabe, entnehmen, verfügt, daß die Arbeit in den Gewerkschaftshäusern sofort wieder zugelassen ist. Die Durchführung des geregelten Geschäftsverkehrs wird genehmigt, wenn keine Versuche gemacht werden, mit verbotenen politischen Organisationen oder deren ehemaligen Führern in Verbindung zu treten. Den Gewerkschaften wird jede parteipolitische Betätigung verboten. Örtliche Beauftragte der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation haben im Einvernehmen mit der Ortspolizeibehörde und in Begleitung von Polizeibeamten jederzeit das Recht zur Kontrolle des Post- und Postauslaufs sowie des gesamten Geschäftsbetriebes bei allen Gewerkschaften, die mit verbotenen Organisationen in Verbindung gestanden haben. Dasselbe gilt für den Geldverkehr dieser Organisationen. Sämtliche Gewerkschaften haben ihre Versammlungen 48 Stunden vorher der Polizei anzuzeigen. Die Versammlungen werden überwacht. Öffentliche Versammlungen werden vorerst nicht genehmigt.

Eine neue Arbeitsgemeinschaft

Einige Führer der christlichen Gewerkschaften sind, wie mehrfach angedeutet wird, um das Wiederaufleben der Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden bemüht. Der Leiter des Siemens-Konzerns, Dr. Karl Friedrich von Siemens, beschäftigte sich kürzlich auch mit dieser Frage. Er führte in der Generalversammlung der Siemens & Halske AG folgendes aus:

„Meiner Ansicht nach ist es die Pflicht der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, nach gemeinsamen gangbaren Wegen zu suchen, um den in der Wirtschaft Tätigen zu helfen und sie vor weiterem Scheitern zu bewahren. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die in der politischen Durchscheidung der Wirtschaft liegen, die eine rein sachliche Gemeinschaftsarbeit so außerordentlich erschwert. Je freier aber die Wirtschaft von politischen Einflüssen ist, desto besser könnte sie ihre Aufgabe, die materiellen Grundlagen für das Staats- und Volkswohl zu schaffen, erfüllen. Die Überzeugung der gegenseitigen Abhängigkeit, der Verbundenheit von Wohl und Wehe, lag dem Gedanken der vor vierzehn Jahren geschaffenen Zentralarbeitsgemeinschaft zugrunde, die leider von gewerkschaftlicher Seite gekündigt wurde. Damals waren es die Gefahren, die in der Umgestaltung durch Kriegsende lagen, die die Führer veranlaßten, zu versuchen, gemeinsam gangbare Wege zu finden. Lastet die heutige Not nicht schwer genug auf allen Volksschichten, sind die in ihr liegenden Gefahren nicht so groß, daß jeder Weg gemeinsamer Arbeit wieder versucht werden sollte? Für möglichst viele das nackte Leben zu retten, sie aus dem Elend zu befreien, kann allein die Aufgabe der Führer sein. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten daher versuchen, durch gemeinsame Anstrengungen die Wirtschaft und sich selbst vor weiterem Schaden zu bewahren.“

Anderer maßgebende Unternehmer haben sich in dem gleichen Sinne geäußert.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvortrag Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 26. März, ist der 13. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. März bis 1. April 1933 fällig.

An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben, müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stundung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § 5 Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr die erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Weitere Ergebnisse der Betriebsrätewahl

Berlin. Bei der Firma Ehrlich & Grätz erhielten die freien Gewerkschaften 345 Stimmen (6 Mandate), die Nationalsozialisten 166 Stimmen (3 Mandate).

Bitterfeld. Bei den Elektrowerken AG, Grube Golpa, entfielen auf die freien Gewerkschaften 191 Stimmen (5 Mandate), auf die RGO 95 Stimmen (2 Mandate) und auf die Nationalsozialisten 72 Stimmen (2 Mandate).

Einsw.-Nordenham. Auf der Frerichswerft AG mit 320 Beschäftigten wurde nur eine freigewerkschaftliche Vorschlagsliste eingereicht. — Auf der Friedrich-August-Hütte erhielten die freien Gewerkschaften 176 Stimmen (5 Mandate), die RGO 27 Stimmen (0 Mandat), Stahlhelm und Nationalsozialisten 61 Stimmen (2 Mandate). — Bei den Norddeutschen Seekabelwerken erhielten die freien Gewerkschaften 44 Stimmen, der Stahlhelm 22 Stimmen. — Bei der Nordsee-Hochseefischerei entfielen auf die freien Gewerkschaften 94 Stimmen, auf die RGO 31 Stimmen.

Friedrichshafen. Bei der Flugzeugwerft Dornier-Metallbauten Friedrichshafen-Manzell bekamen die freien Gewerkschaften 189 Stimmen (5 Mandate), die Nationalsozialisten 148 Stimmen (3 Mandate).

Göttingen. Bei dem Überlandwerk Südhannover EAM, Northeim, mit 116 Beschäftigten wurde nur eine freigewerkschaftliche Vorschlagsliste eingereicht; 5 Mandate. — Bei dem Aluminiumwerk GmbH mit 143 Beschäftigten wurde nur eine freigewerkschaftliche Vorschlagsliste eingereicht; 6 Mandate.

Hamburg. Bei den Elektrizitätswerken entfielen auf die freien Gewerkschaften 828 Stimmen (10 Mandate), auf die Nationalsozialisten 128 Stimmen (1 Mandat). — Bei der Firma H. C. Stülcken Sohn mit 225 Wahlberechtigten wurde nur eine freigewerkschaftliche Vorschlagsliste eingereicht.

Hildesheim. Bei der Senking-Werk-AG erhielten die freien Gewerkschaften 7 Mandate, die Christen 3 Mandate. — Bei der Firma Ahlborn erhielten die freien Gewerkschaften 7 Mandate, die Christen 1 Mandat.

Karlsruhe. In folgenden Betrieben fanden bereits Betriebsratswahlen statt: Berka: DMV 5 Mandate, RGO 1, Nazi 1. — Haid & Neu: DMV 6 Mandate. — Junker & Ruh: DMV 5, RGO 1, Nazi 1. — Gritzner-Kaiser: freie Gewerkschaften 6, RGO 1, Berka, Grötzingen: DMV 5. — Ritter: freie Gewerkschaften 4, RGO 1, Nazi 1. — Lorenz: freie Gewerkschaften 4, Christen 2. — Mayer & Grammlsp: freie Gewerkschaften 5. — Berga: DMV 2, Nazi 2. — Daimler-Benz, Karlsruhe: DMV 8, Nazi 2, Christen 1.

Lübeck. Bei der Lübecker Maschinenbau-Ges. (Orenstein-Konzern) mit 552 Beschäftigten wurde nur eine freigewerkschaftliche Vorschlagsliste eingereicht; 8 Mandate.

Neuruppin. Bei der Minimax-AG erhielten die freien Gewerkschaften 40 Stimmen (3 Mandate), Stahlhelm und Nationalsozialisten 30 Stimmen (2 Mandate).

Nürnberg. Bei den Trumpfwerken AG entfielen auf die freien Gewerkschaften 525 Stimmen, 8 Mandate (im Jahre 1931 645 Stimmen, 7 Mandate), auf die RGO 90 Stimmen, 1 Mandat (1931: 252 Stimmen, 2 Mandate), und auf die Nationalsozialisten 44 Stimmen, kein Mandat.

Bad Salzungen. Bei der Firma Jung & Dittmar AG bekamen die freien Gewerkschaften 254 Stimmen (6 Mandate), die Nationalsozialisten 103 Stimmen (2 Mandate).

Vegesack. Beim Bremer Vulkan entfielen auf die freien Gewerkschaften 202 Stimmen (6 Mandate), auf die RGO 60 Stimmen (2 Mandate), auf die Nationalsozialisten 35 Stimmen (1 Mandat).

Wismar. Bei der Eisenbahn-Verkehrsmittel-AG, Waggonfabrik, erhielten die freien Gewerkschaften 230 Stimmen (6 Mandate), die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 33 Stimmen (0 Mandat), die Nationalsozialisten 35 Stimmen (1 Mandat).

Wittenberg. Bei den Bayerischen Stickstoffwerken Piesteritz erhielten die freien Gewerkschaften 945 Stimmen (8 Mandate), die RGO 432 Stimmen (3 Mandate), die Nationalsozialisten 282 Stimmen (2 Mandate). — Bei den Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoffwerken Reinsdorf erhielten die freien Gewerkschaften 1018 Stimmen (9 Mandate), die RGO 318 Stimmen (2 Mandate), die Nationalsozialisten 259 Stimmen (2 Mandate). — Bei den Gummiwerken Elbe Piesteritz entfielen auf die freien Gewerkschaften 852 Stimmen (9 Mandate), auf die Nationalsozialisten 205 Stimmen (2 Mandate). — Bei der Nahrungsmittelfabrik Milka, Pratz, mit 260 Beschäftigten wurde nur eine freigewerkschaftliche Vorschlagsliste eingereicht, 6 Mandate.

Ein Jubilar in Saalfeld

Es sind jetzt 25 Jahre, daß sich in unserer Saalfelder Ortsverwaltung der Kollege Louis Simon verpflichtete, als Unterkassier zu wirken, und er tut es noch heute. Wer die Früden des Beitragskassiers kennt, wird wissen, was der Kollege Simon geleistet hat. Die Ortsverwaltung dankt dem Jubilar für seine außerordentliche Arbeit und hofft, daß er sie noch lange verrichten möge. Dem schließen wir uns aus vollem Herzen an.

Spanisch-Sibirien: Extremadura

Extremadura: ärmste Provinz Spaniens, die nach Aussehen der Reaktionspresse in ständigem Aufruhr sein soll. Extremadura heißt meilenweite Landstrecken, öde, unbebaut, von Zeit zu Zeit durch Getreidefelder und durch mehr oder weniger gut kultivierte Ölbaumpflanzungen unterbrochen. Ab und zu begegnet man einem Hirten, der eine Riesenherde schwarzer und weißer Schafe vor sich her treibt. Nur eine Eisenbahnlinie weist die Provinz auf, die nach der Hauptstadt Badajoz. Sie führt zur portugiesischen Grenze. Autoverkehr, soweit Landstraßen vorhanden sind, verbindet die Dörfer miteinander. Armutsdörfer, in denen die Kirchen düstere Festungen sind und wo die Schlösser der Gutsherren, diese Wahrzeichen der Vergangenheit, wie bissige Hunde über das Dorf, über die Herde der Landarbeiter wachen.

Je höher man in die Berge hinaufkommt, desto einsamer wird es. Hier gibt es keine Landstraßen mehr, nur noch Sandwege, im Winter wegen des Schlammes, im Sommer wegen des Staubes fast unpassierbar. Abgeschlossen von der Umwelt haufen hier die Menschen, strenger Kälte im Winter, drückendster Hitze im Sommer ausgesetzt. Malaria und Typhus schwächen sie. Das ist Extremadura, das „spanische Sibirien“.

Die Monarchie hat sich niemals um Behebung des Elends bekümmert. Das Land gehörte, in Großgrundbesitz eingeteilt, dem Hochadel, der es gegen feste Renten verpachtete. Die Großpächter hatten zu sehen, wie sie aus Kleinpächtern und Landarbeitern Rente und Verdienst herausbrachten. Dann aber kam die Republik. Sie proklamierte die Agrarreform, Enteignung der Großgüter.

Was schert uns dies Gesetz, meinten die Grundherren, es kommt doch nie zur Durchführung. Bald aber wurden sie anderer Ansicht. Sie sahen, daß jetzt Gesetze nicht nur auf dem Papier blieben. So griffen sie zu politischen Manövern: Verzögerung der Gesetzesarbeit im Parlament, Finanzierung von Revolten und Verschwörungen. Aber auch das nützte nichts. Sie besannen sich auf ein neues Druckmittel: Sie sperrten dem Landarbeiter das ohnehin schon dürftige Brot. (Für eine 12- bis 14stündige Arbeit eine Mittagssuppe und 1 Pes.) Es wurde nicht abgerntet, es sollte nicht neu gesät werden. Sabotage gegen die gesetzlich beschlossenen Mindestlöhne von 4 Pes. täglich, Sabotage gegen die Agrarreform, gegen die Regierung, das neue System. Doch auch dies verpuffte. Die Regierung fand Gegenmittel. Einerseits setzte sie auf solcherlei Sabotageakte Gefängnis- und Geldstrafen, andererseits beschäftigte sie die Landarbeiter im Wegebau. Harte Arbeit. Für 8 Arbeitsstunden höchstens 6 Pes., dazu oft vier Stunden Weg zur Arbeitsstätte. Wenig, gewiß, aber immer noch besser als Arbeitslosigkeit.

Als die Grundbesitzer einsehen mußten, daß die Regierung gewillt sei, sich nicht auf dem Kopf herumtanzen zu lassen und daß der Arbeiter sich nicht mehr wie bisher alles über sich ergehen ließ, was der „Herr“ ihm auferlegte, kamen sie auf eine neue Idee: Sie boten den Arbeitern Land an, und das zu Bedingungen, die etwa denen der Agrarreform entsprachen, das heißt, sie wollten ihm Mittel und Ackergeräte für die Bearbeitung zur Verfügung gestellter Parzellen vorstrecken. Von dem herausgewirtschafteten Reinertrag sollte den Grundherren ein entsprechender Anteil überwiesen werden. Das Land wurde allerdings nur an diejenigen abgegeben, die der katholischen Landarbeitergewerkschaft, in der Proleten und Herren beisammen sind, angehörten. Also ein Pachtvertrag unter dem doppelten Druckmittel der Oberaufsicht durch die in der Gewerkschaft vertretenen Grundherren und der pünktlichen Abgabe des Pachtzinses.

Nur wenige Landarbeiter ließen sich ködern; die Mehrzahl ließ und läßt die Angebote unbeachtet. Denn fast in ganz Extremadura setzt jetzt die Agrarreform ein. Überall sind Ingenieure stationiert, die die Aufmessungsarbeiten und Regulierung des Grundbesitzes in Angriff nehmen, zum Teil bereits den Boden aufteilen. Doch die Landverteilung allein schafft noch keine unwäsende Hilfe im Problem Extremaduras. Hand in Hand damit geht die Bewässerungsreform. Seit der Araberherrschaft ist für die Bodenbewässerung in Extremadura nicht das geringste geschehen. Seit jenen Jahrhunderten liegt das Land völlig unberührt da. Die republikanische Regierung hat nun einen Plan in Angriff genommen, der bereits seit dem Jahre 1902 in den Schubladen des Ernährungsministeriums schlummerte: den Bau des Riesenstaubeckens von Cijara. Eine Milliarde Kubikmeter Wasserinhalt wird das Becken fassen, 200 000 ha Trockenbodens soll damit bewässert werden.

Wir fuhren zur Einweihung dieses Werkes hinaus nach Cijara, der Verkehrsminister Prieto, die Abgeordneten der Provinz und einige Journalisten. Kurvenreiche Landstraße. Wir begegnen den Bewohnern ganzer Dörfer, die von der Olivenernte heimkehrten. Frauen, Kinder, Männer, zu zweien und zu dreien auf je einem Maultier sitzend, zum Schutz gegen die Kälte in bunte Decken gehüllt. Plötzlich müssen wir anhalten: Eine Manifestation steht am Wege. Es lebe der Sozialismus, es lebe Prieto! riefen 300 Stimmen. Frauen drängen sich, um dem Minister die Hand zu schütteln.

Zur Einweihung der Staubeckenarbeiten war aus der Umgegend zu Fuß, zu Esel und zu Pferd eine mehr als tausendköpfige Menge gekommen. Malerische Gestalten, oft zerlumpt, die Männer in ledernen, landsknechtsähnlichen Wamsen, um den Leib eine rote Schärpe gewickelt, auf dem Kopf breite spanische Hüte, bunte Tücher um den Hals. Die Frauen in hellfarbenen Röcken, abstechend bunten Blusen und Schürzen, weißen Kopftüchern leuchten weithin. Frierend, dem Wind ausgesetzt, standen sie da, nur um den Minister, den sozialistischen Minister, sprechen zu hören. 650 Arbeiter, bisher erwerbslos, sind seit dem 1. Januar mit ihren Familien nach Cijara gekommen, um die Vorarbeiten für das Staubecken durchzuführen. 500 weitere Arbeiter werden in den nächsten Monaten eingestellt. Vorläufig haufen sie in Zweighütten, sie verdienen 4 bis 6 Peseten für den

Achtstundentag, ein Lohn, der ihnen bereits die halbe Erfüllung sämtlicher Wünsche erscheint. Ein Arzt überwacht ihren Gesundheitszustand, eine Kantine sorgt für Lebensmittel, eine Schule, ein Krankenhaus werden errichtet.

Begeistert jubelten sie ihrem Minister zu. Gitarrenspieler begleiteten die landesüblichen Gesänge. Es wird getanzt, getrunken, kleine Feuer angezündet, um die Kälte abzuwehren. Sozialistisches Fest, Fest der Republik, sagen sie. Sicher wissen sie gar nicht, was Sozialismus bedeutet. Nur eins wissen sie: hier wird Hilfe gebracht. Arbeit am Staubecken, Wegebau, Landverteilung, Wasser für den trockenen Boden.

Das ist Extremadura, das wahre Extremadura, nicht das, von dem die Reaktionspresse behauptet, es sei ständig in Aufruhr. Nirgends kann es friedlicher sein als hier, nirgends hoffnungsfreudiger aussehen. J. Wolff

Arbeitsbeschaffung durch Erhöhung der Erbschaftsteuer

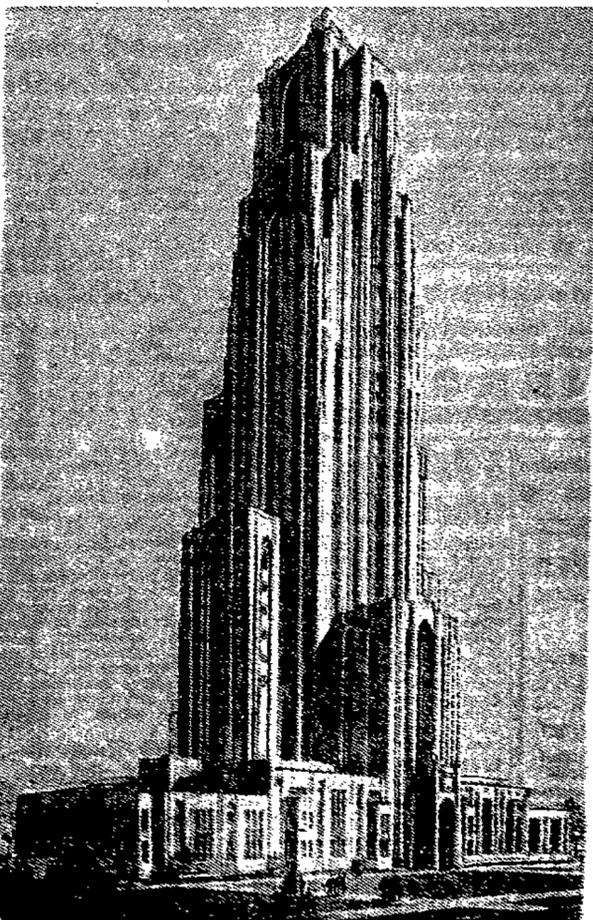
In Schweden sollen öffentliche Arbeiten in größerem Umfang durchgeführt werden, die nicht allein den Zweck verfolgen, Arbeitslose und Notstandsarbeiter zu beschäftigen, sondern darüber hinaus die Wirtschaft überhaupt ankurbeln sollen. 240 Millionen Kronen sollen für ertragbringende Anlagen, insbesondere für die Elektrifizierung der Eisenbahn, verwendet werden, 170 Millionen Kronen für öffentliche Gebäude, wie Schulen, Krankenhäuser usw. Der Staat beschafft sich das Geld zunächst durch eine mittelfristige Anleihe, die aus den Mehreinkünften der soeben erhöhten Erbschaftsteuer in vier Jahren zurückgezahlt werden soll. Die neue Erbschaftsteuer läßt Erbschaften unter 20 000 Kronen steuerfrei, erhöht aber die Steuer für große Erbschaften sehr stark, während die ganz großen zum größten Teil weggesteuert werden. Um das Gleichgewicht des Staatsbudget wiederherzustellen, machte die sozialdemokratische Regierung Abstriche im Wehretat, erhöhte die Einkommensteuern und auch die Steuern auf Tabak und Alkohol.

Polnische Kohlenbahn Kattowitz-Gdingen

Nach nahezu siebenjähriger Bautätigkeit ist die Gesamtstrecke der neuen polnischen Kohlenbahn, die Kattowitz mit dem polnischen Ostseehafen Gdingen verbindet, fertiggestellt. Damit ist der bisherige Bahnweg, der das polnisch-obererschlesische Kohlenrevier mit dem Meer verbindet, um etwa 110 km verkürzt worden. Das bislang fehlende Mittelstück — ein kleiner nördlicher und südlicher Teilschnitt waren vom polnischen Staat selbst gebaut worden — ist von dem französischen Rüstungskonzern Schneider-Creuzot und einer französischen Großbank finanziert worden, denen auch die Fertigstellung der Bahn und ihr Betrieb für die Dauer von 50 Jahren übertragen wurde. Allein schon die Aufbringung der Mittel, die durch Auflegung einer Anleihe in Höhe von 1100 Millionen Francs auf der Pariser Börse beschafft werden sollten, mißglückte, denn nachdem der erste Teilbetrag in Höhe von 350 Millionen 1930 in Paris ausgegeben war, sank der Kurs dieses Papiers so, daß die Auflegung der anderen Anleihebeträge unmöglich wurde.

Dieser Fehlschlag ließ den Bahnbau längere Zeit ins Stocken kommen, verhinderte den zweigleisigen Ausbau der ganzen Strecke und vor allem die Herstellung der im Vertrag vorgesehenen Bahnhöfe und Werkstätten und die Beschaffung des rollenden Materials an Lokomotiven und Eisenbahnwagen. So muß gegenwärtig der Betrieb durch die polnischen Staatsbahnen, allerdings auf Rechnung des französischen Konsortiums, durchgeführt werden, was den polnischen Staatsbahnen große Verluste bringt, da sie dem Konsortium die vollen Tarifsätze erstatten müssen, selbst aber die meisten Transporte, vor allem den Transport der Exportkohle, zu niedrigen Ausnahmetarifen bewerkstelligen müssen.

Der Nachdruck, mit dem die polnische Regierung die schleunigste Fertigstellung der Bahn trotz ihrer Unrentabilität durchsetzte, zeigt, daß es sich im Grunde genommen um eine strategische Bahn handelt, die stärker militärischen als wirtschaftlichen Gründen ihre Entstehung verdankt.



„Die Kathedrale der Bildung“
Die neue Universität in Pittsburg

Die Arbeitslosenfürsorge in der Tschechoslowakei

In Nummer 8 der MZ brachten wir einen Bericht von Herrn Hodson, des Mitarbeiters der Londoner News Chronicle, über die Lage der Arbeitslosen in verschiedenen Ländern, so auch in der Tschechoslowakei. Soweit die letztere in Frage kommt, wird uns eine Berichtigung aus Prag gesandt, der wir gerne Raum geben:

Die Höchstsätze der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung mit dem Staatsbeitrag betragen nicht, wie der Bericht des Londoner Blattes sagt, 12 bis 13,50 M die Woche, sondern es ist beispielsweise im Metallarbeiterverband der Höchstsatz 17,25 M. Diese Unterstützung wird 26 Wochen ausbezahlt, nach deren Ablauf der Arbeitslose nicht der Armenpflege anheimfällt, sondern durch 13 Wochen die Krisenunterstützung bezieht, die beispielsweise im Metallarbeiterverband maximal 15,75 M wöchentlich beträgt.

Gänzlich unklar ist es, wie Mr. Hodson zu der Behauptung kommt, daß der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter nach einem Jahre Arbeitslosigkeit nicht mehr als 4 bis 5 M wöchentlich Unterstützung erhält. Die Sache ist nämlich so, daß der Arbeitslose nach Bezug von 39 Wochen ordentlicher und der Krisenunterstützung nach den Bestimmungen der einzelnen Gewerkschaften 13 weitere Wochen die Beiträge bezahlen muß, ohne eine Unterstützung zu bekommen, dann aber wieder in den Genuß der vollen Unterstützung durch 39 Wochen kommt, wenn er beispielsweise im Metallarbeiterverband vier Wochen irgendeine Arbeit nachweisen kann, die auch tageweise und unterbrochen erfolgt sein kann. Sobald er 24 Arbeitstage bestätigt hat, bekommt er wieder durch 26 Wochen die ordentliche und durch 13 Wochen die Krisenunterstützung, in keinem Falle aber 4 bis 5 M.

Es gibt freilich Gewerkschaften, die, wie zum Beispiel die christlichen oder die kommunistischen, ganz niedrige Wochenbeiträge von 25 Pf. einheben und dann wöchentliche Unterstützungen von 3 und 4 M bezahlen. Dafür kann aber nicht die staatliche Arbeitslosenfürsorge verantwortlich gemacht werden, die zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung einen täglichen Zuschuß bis zu 18 Kc. das sind 2,25 M, leistet. Hat eine Gewerkschaft eine schlecht ausgebaute Unterstützung, dann allerdings werden die Mitglieder geschädigt. Das trifft aber bei den freien Gewerkschaften nicht zu, weil sich diese bemühen, die gesetzlichen Bestimmungen soweit wie möglich ihren Mitgliedern nutzbar zu machen.

Die von Hudson angeführten Arbeitskolonnen sind einzig in Prag eingeführt und sind durchaus freiwillig. Es werden hier Parkarbeiten gemacht, Straßenregulierungen usw. Gegenwärtig sind hierbei etwa 6000 Arbeitslose beschäftigt, und über die Leistungen wollen wir lieber nicht viel reden. Es wird drei Tage in der Woche gearbeitet, damit eben gearbeitet wird.

Daß die Unorganisierten auf die staatlichen Lebensmittelkarten von 10 und 20 Kc wöchentlich (1,25 bis 2,50 M) angewiesen sind, ist richtig und sicher auch bedauerlich. Aber der Vorwurf kann nur die Unorganisierten selbst treffen, denen man jahrelang in Wort und Schrift sowie durch den Rundfunk mitgeteilt hat, daß nur der gewerkschaftlich organisierte einen Anspruch auf den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung hat. Diese Leute wollten damals zum Gewerkschaftsbeitrag sparen; heute sehen sie, daß sie am falschen Orte gespart haben.

Der tschechoslowakische Tariflohn ist wohl etwas niedriger als zum Beispiel in Deutschland oder in England, aber Mister Hodson muß schon ganz besondere Verträge in der Hand gehabt haben, wenn er auf tarifliche Wochenverdienste von 3 und 4 M kommt. Nach den vertraglichen Bestimmungen des Metallarbeiterverbandes ist die untere Tarifgrenze für gelernte Arbeiter etwa bei 40 Pf. die Stunde, also bei 19,20 M die Woche; die obere Grenze bei 90 Pf. bis 1 M, als 44 bis 48 M die Woche. Besonders qualifizierte Arbeiter kommen höher, ebenso bei Akkordarbeit, wenn genügend Arbeit vorhanden ist. Es muß auch betont werden, daß in den großen Vertragsgebieten, in denen etwa 80 vH der tschechoslowakischen Metallarbeiter beschäftigt sind, bisher überhaupt keine tariflichen Lohnsenkungen zu verzeichnen waren.

Verdienstsenkung in Amerika

Das 2. Februarheft von Wirtschaft und Statistik bringt beachtenswerte Angaben über die Entwicklung der Arbeitsverdienste in den Vereinigten Staaten. Seit November 1929 ist die bis dahin ständig ansteigende Kurve der Arbeitsverdienste in Richtung abwärts gleitender Löhne und noch stärker fallender Wochenverdienste verändert. Durchschnittlich fielen die Stundenverdienste gelernter und angelernter Arbeiter der verarbeitenden Industrie seit November 1929 bis November 1932 um 21,1 vH, wobei auf das letzte Jahr allein ein Rückgang um 13,1 vH kam. Besonders scharf war an diesen Lohnsenkungen die Eisen- und Stahlindustrie (32,8 vH) beteiligt. Viel Aufsehen machten die mehrfachen Lohnkürzungen bei den Ford-Werken, wo der Mindesttageslohn von 30 M (7 Dollar), der noch zu Anfang 1932 bezahlt wurde, bis zum Schluß des Jahres auf 16,80 M (4 Dollar) herabgesetzt wurde. Stärker als die Stundenlöhne sind die Wochenverdienste infolge der Kürzungen der Wochenarbeitszeiten gesenkt.

Im Juli 1932 war die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der verarbeitenden Industrie auf 32 Stunden gesunken, bis November 1932 konnte sie allerdings wieder auf 36,9 Stunden ansteigen. Vor allem sind zahlreiche Betriebe und Gewerbezweige zur Fünftagewoche als einer ständigen Einrichtung übergegangen. Nach einer amtlichen Erhebung, die in mehr als 16 000 Betrieben durchgeführt wurde, hat heute die Fünftagewoche bereits für 12,3 vH aller erfaßten Arbeiter Gültigkeit, in der Automobilindustrie sogar für 67,2 vH, in der Elektroindustrie für 38,6 vH, für die Radioindustrie für 31,5 vH und im Maschinenbau für 20,3 vH. Durchschnittlich lagen November 1932 die Wochenverdienste der Arbeiter in den verarbeitenden Industrien um 37,9 vH unter dem Stand von November 1929, wobei auf das letzte Jahr ein Rückgang von 12,6 vH entfiel. In der Eisen- und Stahlindustrie war dieser Rückgang sogar 43,3 vH, in der Elektroindustrie 46,4 vH und im Maschinenbau 48,6 vH.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist im Durchschnitt in diesem Zeitraum von November 1929 bis November 1932 um 39,6 vH vermindert worden, die Lohnsumme der verarbeitenden Industrie demnach um 63 vH gefallen. Was den Reallohn anbetrifft, so lagen Ende 1932 die Realstundenverdienste noch um 51,4 vH über Vorkriegsstand, die Realstundenverdienste dagegen infolge der Kurzarbeit nur um 7,6 vH über Vorkriegsstand, so daß auch in den Vereinigten Staaten die Lebenshaltung selbst der noch im Erwerb stehenden Arbeiter nur um ein Geringes den Vorkriegsstand übertrifft. Einen außerordentlichen Tiefstand haben die Realverdienste der Farmerarbeiter aufzuweisen, deren Nominallohn bis auf 84 vH des Vorkriegsstandes zurückging, so daß sie ihrem Realwert nach November 1932 nur noch 68,7 vH der entsprechenden Vorkriegsverdienste ausmachten.

